

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Ergänzung zur Tagesordnung Complément à l'ordre du jour Complemento all'ordine del giorno

Herbstsession 2025

Session d'automne 2025

Sessione autunnale 2025

Stand / état / stato: 12.09.2025

Fragestunde vom 15.09.2025 (Art. 31 des Geschäftsreglementes des Nationalrates)**Heure des questions du 15.09.2025** (Art. 31 du Règlement du Conseil national)**Ora delle domande 15.09.2025** (Art. 31 del Regolamento del Consiglio nazionale)

Nr. No. n.	Geschäftstitel Titre de l'objet Titolo dell'oggetto	Eingereichter Text Texte déposé Testo depositato
------------------	---	--

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

25.7579	DE FR IT	Fra. Sormanni. Strassenverkehrsgesetz; Revision von Artikel 52: Wann tritt die Änderung in Kraft?	Das Verbot von Rundstreckenrennen wurde vom Parlament aufgehoben. Konkret handelt es sich um die Änderung von Artikel 52 des Strassenverkehrsgesetzes (SVG; SR 741.01) die im Rahmen des folgenden Geschäftes behandelt wurde: 21.080 Strassenverkehrsgesetz. Änderung. - Debatte im Ständerat zu diesem Artikel am 31. Mai 2022 - Debatte im Nationalrat zu diesem Artikel am 9. März 2022 - Die Vorlage wurde von beiden Räten in der Schlussabstimmung am 17. März 2023 angenommen.
25.7584	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Kapazitätsausbau Knoten Basel	Auf die Interpellation 25.3517 Kapazitätsausbau Knoten Basel antwortet der Bundesrat, er lasse eine beschleunigte Umsetzung je nach Inhalt in der nächsten Botschaft untersuchen. Es stellen sich die Fragen: - Während der Studie Verkehr '45 sollen Planungen fortgeführt werden. Warum wartet der Bundesrat auf die nächste Botschaft? - Warum werden dafür nicht die beschlossenen Projektierungsmittel aus AS 2035 genutzt? - Wie kann der Bundesrat sonst abschätzen, welche Ausbauten bis 2045 umsetzbar sind?

25.7585	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Vorinvestitionen Kapazitätsausbau Knoten Basel	Auf die Interpellation 25.3517 Kapazitätsausbau Knoten Basel antwortet der Bundesrat, es brauche keine Vorinvestitionen, da der erste Umsetzungsschritt feststehe. Zum AS 2035 in Basel SBB kündigt die SBB nun einen späteren Baustart 2034 an. Damit verzögern sich sämtliche Ausbauten. Es eröffnet sich aber die Gelegenheit, mit Vorinvestitionen in AS 2035-Massnahmen zeitliche und finanzielle Vorteile für Ertüchtigungspaket und Tiefbahnhof auszuschöpfen. Unterstützt der Bundesrat diese Gelegenheit?
25.7589	DE FR IT	Fra. Gianini. Gewächshäuser auf Fruchtfolgeflächen: Wo stehen wir?	In der Motion 17.3918 wurde gefordert, dass auch Flächen, auf denen Gewächshäuser für die Nahrungsmittelproduktion errichtet werden, als Fruchtfolgeflächen gelten sollen, soweit der Boden nicht versiegelt ist und regelmässig kultiviert wird. Die Motion wurde vom Nationalrat am 19.9.2019 und vom Ständerat am 14.9.2023 angenommen (siehe das aufschlussreiche Wortprotokoll). - Was wurde bisher umgesetzt? - Wer kümmert sich darum? - Welche Aussichten bestehen zeitlich (wann), formell (wo) und materiell (wie)?
25.7590	DE FR IT	Fra. Gianini. Förderung von Photovoltaik-Grossanlagen zur Produktion von zusätzlicher Elektrizität nach Artikel 71a des Energiegesetzes	Angesichts der Schwierigkeiten, die bei der Bewilligung und der Realisierung von Photovoltaik-Grossanlagen bestehen, ist die Frist vom 31. Dezember 2025, innert deren die für die benötigte Förderung festgelegten Voraussetzungen erfüllt werden müssen, in vielen Fällen unrealistisch. – Besteht die Möglichkeit, dass der Bundesrat mit einer Änderung der Verordnung diese Frist verlängert und die Grenze von 3,5 Mio. Fr./GWh Winterstrom erhöht? – Welche Regeln werden für die Förderung gelten und wann werden sie endlich bekannt gegeben? Wer solche Anlagen bauen möchte, braucht nämlich Sicherheit.
25.7605	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Direktverbindungen nach Bologna und Genua	Die neuen Direktverbindungen nach Bologna und Genua weisen unattraktive Fahrzeiten auf, bsp. zwischen Mailand und Genua 29 Min. länger als auf dem italienischen Intercity. Die internationalen Züge werden dadurch gegenüber dem inneritalienischen Fernverkehr benachteiligt. 1. Hat die Schweiz die Schwierigkeiten in den bilateralen Austauschgremien zum Bahnverkehr thematisiert? 2. Sieht das UVEK eine Möglichkeit, eine Gleichstellung mit dem italienischen Fernverkehr für diese Verbindungen zu erreichen?
25.7615	DE FR IT	Fra. Töngi. Regulierung der Plattformen	Am 16. April 2025 beschloss der Bundesrat, die Botschaft zur Regulierung der Plattformen zu verschieben. In der Zwischenzeit ist fast ein halbes Jahr vergangen, offensichtlich hatte die Verschiebung keine positiven Auswirkungen auf die Höhe der Zölle in den USA für Schweizer Produkte. Wann wird der Bundesrat die Botschaft zu Händen des Parlaments verabschieden?

25.7631	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Wie weiter mit Cargo sous terrain (CST)?	Ist der Bundesrat bereit, das privat finanzierte Projekt Cargo sous terrain (CST) als Teil der Güterinfrastruktur in die zukünftige Verkehrspolitik einzubeziehen und die Kantone, die Gemeinden sowie die anderen Güterverkehrsträger auf Strasse und Schiene zu einem Dialog über ein zukünftiges Güterverkehrssystem einzuladen?
25.7641	DE FR IT	Fra. Pult. Wie hoch sind die Kosten für die neuen Reservekraftwerke?	In der Fragestunde in der Sommersession hat der Bundesrat informiert, dass Aufträge für vier neue Reservekraftwerke vergeben wurden, der Preis jedoch erst im August bekannt sei. Auf die Interpellation 25.3820 hat der Bundesrat Mitte August geantwortet, dass die Kosten noch immer nicht bekannt seien. - Wie hoch sind nun diese Kosten? - Weshalb sind diese nicht bekannt, obschon die Aufträge erteilt wurden?
25.7646	DE FR IT	Fra. Schmezer. Tempo 30: Warum VO statt Gesetz?	Die Motion Schilliger 21.4516, die von beiden Räten angenommen worden ist, beauftragt den Bundesrat, «die Bestimmungen des Strassenverkehrsgesetzes (SVG; SR 741.01) so anzupassen ...». Und weiter unten: «Diese gesetzliche Klarstellung wird in der Folge eine Revision der Verordnung zum Strassenverkehrsgesetz bezüglich der Bezeichnung der innerörtlichen Strassen ermöglichen.» Warum hält sich der Bundesrat nicht an die Forderung des Parlaments, das Gesetz anzupassen?
25.7649	DE FR IT	Fra. Wandfluh. Regulation von Grossraubtieren Umsetzung in den Kantonen?	Das Jagdrecht ist komplex und die Kantone sind für die Umsetzung zuständig. Was die Regulierung des Wolfes betrifft, sind grosse Unterschiede zwischen den Kantonen festzustellen. - Die Vorgaben des Bundes betreffend Regulierung sind einzuhalten, aber was ist, wenn bestimmte Kantone trotz überschrittener Schadschwellen nicht handeln oder eine Regulierung bewusst verzögern? - Welche Mittel hat der Bund, um solche Situationen zu vermeiden und dafür zu sorgen, dass die Regulierung umgesetzt wird?
25.7650	DE FR IT	Fra. Grüter. Bis wann gedenkt der Bundesrat in der Schweiz den digitalen Führerausweis einzuführen?	Im Rahmen des Aktionsplans "Digitale Schweiz" wurde bereits 2023 ein Pilotbetrieb für den digitalen Lernfahrausweis gestartet, und 2024 soll der digitale Führerausweis im Testbetrieb eingeführt werden. Bis wann plant der Bundesrat konkret die flächendeckende Einführung des digitalen Führerausweises? Insbesondere interessiert mich, ob das Zieljahr 2026 (Ende des Projektzeitraums) als verbindliche Frist für die bundesweite Einführung gilt – oder ob ein früherer Zeitpunkt angestrebt wird.
25.7659	DE FR IT	Fra. Addor. Ist die Schweizerische Post noch schweizerisch?	Nun verlagert die Schweizerische Post also ganze 200 Stellen im Informatikbereich nach ... Portugal. Wird der Bundesrat als Garant dieses Service public, der insbesondere für den nationalen Zusammenhalt von wesentlicher Bedeutung ist, tatenlos zusehen, wie der Regiebetrieb weiter abgebaut wird? Die Post muss schweizerisch bleiben und Arbeitsplätze für Schweizerinnen und Schweizer in der Schweiz bieten.

25.7712	DE FR IT	Fra. Feller. Ist die Schweiz für die Post zu teuer geworden?	Die Post wird laut der Berichterstattung der deutschsprachigen Tamedia-Titel vom 9. September 2025 200 IT-Stellen nach Portugal auslagern. Laut der Post ist dies die einzige Möglichkeit, angesichts des zunehmenden Kostendrucks die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens aufrechtzuerhalten. Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen, um die Kosten für in der Schweiz ansässige Unternehmen zu senken und Standortverlagerungen zu verhindern?
25.7732	DE FR IT	Fra. Gobet Nadine. An welchen Orten arbeiten die Informatiker und Informatikerinnen der Post?	Laut den deutschsprachigen Zeitungen von Tamedia vom 9. September beschäftigt die Post rund 1500 IT-Spezialisten und -Spezialistinnen. Die Post wird jedoch 200 IT-Stellen in der Schweiz abbauen und nach Portugal verlagern. An welchen Standorten werden die 1500 Informatiker und Informatikerinnen der Post angesichts dieser neuen Gegebenheiten künftig tätig sein?
25.7688	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Welche Lehren zieht die Schweiz aus dem Urteil zu Umweltverschmutzung und staatlicher Verantwortung in Frankreich?	Ein Gericht im französischen Nantes anerkannte kürzlich den Zusammenhang zwischen dem Tod eines Joggers und der Umweltverschmutzung durch Nitrateinträge aus der Landwirtschaft. Es macht den Staat für seine Versäumnisse bei der Nitratreduktion mitverantwortlich, ein juristisches Signal an Institutionen, die bei Umweltverschmutzung untätig bleiben. Welche Schlüsse zieht der Bundesrat aus dem Fall, angesichts der seit Jahren viel zu hohen Nitratbelastung in Ackerbaugebieten? Was tut er?
25.7689	DE FR IT	Fra. Masshardt. Abwägung zwischen öffentlichem Interesse und Geschäftsgeheimnis vorweggenommen?	In der Vernehmlassung zur neuen Verpackungsverordnung steht im erläuternden Bericht (S.36): "Mit Absatz 5 wird die Möglichkeit geschaffen, dass das BAFU die Informationen in aggregierter Form einmal jährlich publizieren kann. Die Geschäftsgeheimnisse werden bewahrt, in dem keine Einzeldaten publiziert werden. Das BAFU darf diese Daten auch nicht im Rahmen eines Gesuchs unter dem Öffentlichkeitsprinzip publizieren." Weshalb das, wenn das Geschäftsgeheimnis in Art. 7 des BGÖ bereits geschützt ist?
25.7713	DE FR IT	Fra. Schlatter. Vorsorgliche Aufweichung der Gewässerschutzverordnung, bevor die Gewässerräume festgelegt sind	Das UVEK plant eine Anpassung der GSchV, um für die Landwirtschaft langfristige Ausnahmen von den Bewirtschaftungseinschränkungen im Gewässerraum einzuführen. Bereits heute ist aber nicht sichergestellt, dass Nährstoffe und Pflanzenschutzmittel nicht in die Gewässer gelangen, beispielsweise über Drainagen. Wie will der Bundesrat sicherstellen, dass solche Ausnahmen nicht zu einer Verschärfung der Belastung unserer Gewässer führen?
25.7738	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Wie will der Bundesrat das Verursacherprinzip im Fall von PFAS anwenden?	Für die Sanierung von Wasserfassungen, die mit per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS) und Trifluoressigsäure (TFA) belastet sind, dürften sich die Kosten für die Gemeinden und Trinkwasserversorger auf mehrere Millionen Franken belaufen. Während der ausserordentlichen Session «PFAS» hat Bundesrat Albert Röstig gesagt, dass eine weitere Verschmutzung vermieden werden müsse. Dies ändert jedoch nichts an den Kosten, die durch die bereits jetzt bestehende Verschmutzung verursacht werden. Was plant der Bundesrat, um das Verursacherprinzip anzuwenden?

25.7740	DE FR IT	Fra. Knutti. Wie geht es weiter mit der Ber- ner Konvention?	Der Schutzstatus des Wolfes wurde von «streng ge- schützt» auf «geschützt» herabgestuft. 1. Welchen Einfluss hat dieser neue Status auf die Gesetzgebung für zukünftige Regulierungen und Ein- zelabschüsse? 2. Können Nutztierhalter davon ausgehen, dass Re- gulierungen künftig schneller erfolgen können?
25.7741	DE FR IT	Fra. Zybach. Vollendung der Neuen Eisen- bahn-Alpentransversale (NEAT)	Die NEAT-Anschlüsse im Süden und Norden sind immer noch nicht fertig gestellt. Bis 2028 wird der 4-Meter-Korridor der Lötschberg-Simplon-Achse bis nach Novara ausgebaut, das Abkommen mit Ita- lien datiert von 2020. Die Weiterführung der Weiter- führung der NEAT im Norden wird gemäss aktuellen Prognosen aber erst nach 2040 abgeschlossen sein. Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat, um die Vollendung in Italien und Deutschland schneller und umfassender voranzutreiben?
25.7742	DE FR IT	Fra. de Courten. Verdrängung der Leicht- und Freizeitaviatik am Flughafen Eu- roAirport Basel-Mulhouse	Der EuroAirport will den Betrieb der Leicht- und Frei- zeitaviatik einstellen. Der Entscheid wird betriebswirt- schaftlich bzw. planerisch begründet, steht jedoch im Widerspruch zum Sachplan Verkehr, Teil Infrastruk- tur Luftfahrt des Bundes, welcher explizit vorsieht, dass der Flughafen neben der gewerbs- auch der nichtgewerbsmässigen allg. Luftfahrt offenstehen soll. - Wie positionierten sich die Vertreter des BAZL im VR? - Welche Ersatzoptionen sieht das BAZL für die Leicht- und Freizeitaviatik vor?
25.7743	DE FR IT	Fra. Knutti. Wolfsregulierungen sind drin- gend und notwendig.	Grossraubtierregulierungen bleiben ein wichtiges An- liegen der Nutztierhalter und erfordern weiterhin Massnahmen. 1. Wie viele Anträge wurden bis 10. September 2025 beim BAFU eingereicht? 2. Welche Kantone haben wie viele Gesuche ge- stellt? 3. Wie viele Anträge wurden genehmigt und wie viele abgelehnt?
25.7744	DE FR IT	Fra. Brizzi. Schaffung von Klarheit über die Risiken von PFAS	- Wie lange dauert es, bis der Bundesrat Klarheit über die Risiken von PFAS schafft? BR Röstli führte anlässlich der ausserordentlichen Session aus, dass analysiert werden müsse, welche PFAS gefährlich sind, um deren Anwendung zu stop- pen und Folgekosten in Milliardenhöhe zu verhin- dern. - Zu wie vielen PFAS gibt es toxikologische Gutach- ten? - Wie viele dieser PFAS wurden als gefährlich identi- fiziert? - Wer ermittelt, welche der übrigen PFAS gefährlich sind und welche nicht. Bis wann?

25.7753	DE FR IT	Fra. Dettling. Falsche Priorität	Bei gerissenen Tieren werden regelmässig DNA Proben genommen. Scheinbar gibt es eine interne Liste der Priorisierung. Tote Wölfe haben bei der Beprobung Vorrang gegenüber toten Nutztieren. - Warum werden nicht Nutztiere bei der Beprobung priorisiert? - Warum geht es solange bis die Resultate vorliegen? - Warum gibt es nur ein Labor, welches diese Proben auswerten kann? - Was kostet die Auswertung einer Probe? - Warum können die Kantone nicht selber Proben nach Lausanne senden, sondern via Kora?
25.7759	DE FR IT	Fra. Roduit. Potenzial der Wasserkraftproduktion: von der Bevölkerung gewollt, von den Verfahren ausgebremst?	Gemäss einer Schätzung des BFE auf der Grundlage einer Umfrage bei den Projektträgern von 16 Wasserkraftprojekten mit übergeordnetem nationalem Interesse liegt das Potenzial der saisonalen Wasserkraftproduktion bis 2040 nur noch bei 1,1 TWh. Ursprünglich war man von 2 TWh ausgegangen. Inwiefern haben die Bewilligungs- und Rekursverfahren diese Schätzung beeinflusst?
25.7764	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Abschaltung AKW Gösgen	Gemäss Angaben des Betreibers ist das AKW wegen entdeckter Sicherheitsdefiziten bis Ende Februar 2026 abgeschaltet. Die Betreibergesellschaft KKG AG nennt "gestiegene Anforderungen" der Aufsichtsbehörde als Grund für die erforderlichen Nachrüstungen. Das ENSI gibt an, dass sich im vorliegenden Fall die regulatorischen Anforderungen an die Funktion der technischen Einrichtungen nicht geändert haben. Worauf beruht der unterschiedliche Standpunkt bezüglich regulatorischer Anforderungen?
25.7766	DE FR IT	Fra. Suter. Ist die Minimalvergütung für eingespeisten Strom aus kleinen Solaranlagen mit dem Stromabkommen wirklich per se inkompatibel?	Mit dem Stromabkommen würden rund 250'000 Hausbesitzer in der Schweiz die gesetzlich garantierte Minimalvergütung für Strom aus Solaranlagen verlieren, schrieb die Sonntagszeitung am 31.8.25 gestützt auf einen BFE-Brief. In Deutschland gibt es aber seit langem eine feste Einspeisevergütung für Solarstrom, die EU-konform ist. Auch Frankreich kennt Einspeisevergütungen für PV-Anlagen bis 500 kW Leistung. Ist es korrekt, dass die Minimalvergütung mit dem Stromabkommen nicht per se inkompatibel ist?
25.7767	DE FR IT	Fra. Suter. Minimalvergütung für eingespeisten Photovoltaikstrom: Was müsste mit dem Stromabkommen daran geändert werden?	Mit der Abstimmung zum Stromgesetz im Juni 2024 haben die Stimmberechtigten unter anderem eine Minimalvergütung für die Einspeisung von Solarstrom beschlossen. Diese soll ab 1.1.2026 eingeführt werden. Um diese Bestimmung im Energiegesetz kompatibel mit dem Stromabkommen zu machen: Was müsste daran zwingend angepasst werden bzw. würde es genügen, die Vergütung lediglich während Phasen mit negativen Preisen auszusetzen, um sie mit dem EU-Recht in Einklang zu bringen?

Bundeskanzlei

25.7619	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Sicherstellung eines vollständigen Abstimmungsbüchleins bei einer möglichen Volksabstimmung über die EU-Verträge	Nach Art. 11 Abs. 2 BPR enthalten die «Erläuterungen des Bundesrates» stets den Abstimmungstext, damit sich das Volk ein umfassendes Bild über die Volksabstimmung und den tatsächlichen Vertragsinhalt machen kann. Sollten die über 2000 Seiten umfassenden EU-Verträge vors Volk kommen: - Teilt der Bundesrat die Meinung, dass diese dann vollständig im Abstimmungsbüchlein enthalten sein müssen? - Und dass zusätzlich auch alle 32 Schweizer Gesetzesänderungen vollständig abgedruckt werden müssen?
25.7708	DE FR IT	Fra. Knutti. Wie verständlich muss ein Abstimmungstext sein	Am 28. September entscheidet die Schweizer Bevölkerung über die Abschaffung des Eigenmietwerts für Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer. Auf dem offiziellen Stimmzettel fehlt der Begriff jedoch, stattdessen ist nur von „Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften“ die Rede. 1. Weshalb wurde „Eigenmietwert“ nicht verwendet auf dem Stimmzettel? 2. Wäre dies rechtlich unzulässig? 3. Täuscht der Begriff „Liegenschaftsteuer“ die Stimmbürger
25.7717	DE FR IT	Fra. Hurter Thomas. Kommunikationsmitarbeiter/innen	Wie viele Kommunikationsmitarbeiter/innen besitzen die einzelnen Departemente? Aufgelistet nach Departement und im Vergleich zu den letzten 5 Jahren.

Justiz- und Polizeidepartement

25.7595	DE FR IT	Fra. Molina. «Underground Banking»: Ein unterschätztes Problem?	«Underground Banking» bezeichnet informelle Finanzsysteme, die ausserhalb des regulären Bankensystems funktionieren. Die Systeme ermöglichen nicht nur Geldwäsche, sondern auch die Finanzierung von Terrorismus und organisierter Kriminalität. 1. Wie verbreitet sind Untergrundbanken in der Schweiz? Welche Risiken bergen sie? 2. Was unternimmt der Bundesrat zur Bekämpfung von «Underground Banking»? 3. Welche gesetzlichen Anpassungen sind nötig, um Untergrundbanken wirksam zu bekämpfen?
25.7604	DE FR IT	Fra. Jost. Taliban-Regierungsbeamte in der Schweiz und völkerrechtliche Verpflichtungen	1. Wurde vor Einladung der Beamten des Taliban-Regimes abgeklärt, ob Mitglieder der Delegation verantwortlich für Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind? Wenn nicht, wie ist die Einladung mit Verpflichtungen unter dem Römer Statut vereinbar? 2. Welche Optionen prüft der Bund, um die Identifizierung verurteilter Straftäter aus Afghanistan zu ermöglichen, ohne dass Taliban in die Schweiz reisen müssen? 3. Welche Strategien verfolgt der Bund, um seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen hierbei nachzukommen?

25.7611	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Polizei darf wegen Fedpol in RI-POL, dem nationalen Fahndungssystem der Schweiz, keine Hautfarbe mehr erfassen: Wie sollen Täter gefunden und Opfer geschützt werden?	Gemäss Medienberichten dürfen Polizisten im Fahndungssystem RIPOL keine Hautfarbe mehr erfassen. Grund dafür sei die Beschwerde einer ausländischen Behörde, die das Fedpol zur Entfernung des Merkmals veranlasst hat. 1. Wie will der Bundesrat sicherstellen, dass die Polizei weiterhin präzise und effizient Personenbeschreibungen nutzen kann, wenn die Hautfarbe als Merkmal entfällt? 2. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass mit solchen Entscheidungen nicht der Täterschutz über den Opferschutz gestellt wird?
25.7621	DE FR IT	Fra. Umbricht Pieren. Gemäss FedPol ist Nennung der Hautfarbe bei Fahndungen nicht mehr erlaubt	- Wer hat die "Beschwerde" eingereicht, auf welcher der Entscheid, die Hautfarbe bei einer Fahndung nicht mehr nennen zu dürfen, basiert? Um was für eine "Beschwerde" handelt es sich dabei? - Wer hat den Entscheid getroffen, dass die Hautfarbe bei einer Fahndung nicht mehr genannt werden darf? War das der Departementsvorsteher? - Ist der BR nicht der Meinung, dass der Opferschutz vor Täterschutz gehen soll und bei einer Fahndung alle möglichen Signalelemente angegeben werden sollen?
25.7625	DE FR IT	Fra. Glarner. Wer verbietet uns die Nennung der Hautfarbe von gesuchten Straftätern?	Gemäss Presseberichten habe das Fedpol die kantonalen Polizeikorps angewiesen, bei Fahndungen auf die Angabe der Hautfarbe zu verzichten. Grund sei eine "offizielle Beschwerde". Woher kam diese Beschwerde - wer verbietet uns die Nennung der Hautfarbe von gesuchten Straftätern und was macht der Bundesrat dagegen?
25.7626	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Fahndungssystem: Hautfarbe soll genannt werden dürfen, um Täter identifizieren zu können	Der Bund hat den Kantonspolizeien untersagt die Hautfarbe im nationalen Fahndungssystem Ripol zu verwenden. Auslöser war eine Beschwerde. In Polizeikreisen gibt dies Missmut. Es sollen möglichst viele Merkmale genannt werden können, um Täter identifizieren zu können. 1. Teilt der Bundesrat die Meinung, dass die Ermittler damit unnötig eingeschränkt werden? 2. Was für einen Einfluss hat dieser Entscheid auf die Polizeiarbeit und den Fahndungserfolg? 3. Konnten sich die Kantonspolizeien dazu äussern?
25.7639	DE FR IT	Fra. Tuena. Nennung der Hautfarbe im nationalen Fahndungssystem RIPOL	Gemäss Medienberichten dürfen alle Schweizer Polizistinnen und Polizisten die Hautfarbe von gesuchten Personen im nationalen Fahndungssystem RIPOL nicht mehr eintragen. Grund dafür sei gemäss FEDPOL eine offizielle Beschwerde. - Wer hat die Kompetenz, diesen weitreichenden Entscheid zu fällen? - Wer hat diese Beschwerde eingereicht? - Und gedenkt der Gesamtbundesrat, diesen Entscheid zu korrigieren? - Wenn nein, warum nicht?
25.7644	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Wer war die ausländische Behörde, welche der Schweiz Befehle erteilt?	Laut Blick vom 8.9.2025 soll es Schweizer Polizisten gemäss einem Schreiben der fedpol an die kantonalen Polizeikorps neuerdings untersagt sein, die Hautfarbe einer gesuchten Person als Fahndungsmerkmal zu nennen bzw. im nationalen Fahndungssystem Ripol einzutragen. - Wer ist die ausländische Behörde, welche dies angeblich beschwerdeweise verlangt hat? - Welches Datum trägt das Schreiben dieser ausländischen Behörde? - Wie lautet der genaue Inhalt der Aufforderung?

25.7661	DE FR IT	Fra. Addor. Ideologie vor operativen Erfordernissen bei fedpol?	Aufgrund einer Richtlinie von fedpol ist es den Kantonspolizeien untersagt, in RIPOL die Hautfarbe gesuchter Personen anzugeben. – Wer hat die Beschwerde eingereicht, durch die diese Massnahme «gerechtfertigt würde» – eine Massnahme, welche die Arbeit unserer Polizei erschwert? – Ist der Bundesrat bereit, die Aufhebung dieser Richtlinie anzuordnen?
25.7761	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Polizei kann Hautfarbe nicht mehr in das Fahndungssystem Ripol eintragen. Folge: Eine gezielte Täterfahndung wird massiv erschwert, als Folge werden Schwarze neu wirklich diskriminiert	Am 20.2.24 verurteilte der EGMR die Schweiz im Fall des Kenia-Schweizers Mohamed Wa Baile. Er soll zu Unrecht von der Polizei kontrolliert worden sein. Er bekam eine fünfstellige Summe. Obwohl in der Schweiz keine Daten zur Hautfarbe erhoben werden, wird der Anteil schwarzer Menschen in der Schweiz auf rund 3 % geschätzt. 97 % der Menschen haben eine andere Hautfarbe. Wann korrigiert der Bundesrat den «Ripol-Entscheid», damit präzise gefahndet und dadurch Diskriminierung vermieden werden kann?
25.7620	DE FR IT	Fra. Bühler. Weigert sich der Kanton Jura, für die Seniorinnen und Senioren aus Moutier zu zahlen?	Nach Angaben der Heimleitungen gewisser Berner Alters- und Pflegeheime, in denen am 31. Dezember 2025 noch Personen aus Moutier untergebracht sein werden, zeichnet sich ab, dass der Kanton Jura die Übernahme der kantonal zu tragenden Kosten ablehnen wird, die er ab dem 1. Januar 2026 übernehmen müsste. - Wenn dies der Fall ist, wer muss dann diese Kosten übernehmen? - Ist der Bund in diese Diskussionen zwischen den Kantonen Bern und Jura involviert? - Wenn ja, was ist die Haltung des Bundes?
25.7633	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Welche Entscheidungen darf der Bundesrat im Alleingang treffen?	Die direkte Demokratie ist unser Erfolgsrezept. Das Parlament ist die oberste Aufsichtsbehörde und hat eine wichtige Kontrollfunktion. Entscheidungen des Bundesrats im Alleingang sollen wo möglich eingeschränkt werden. 1. Welche Kompetenzen zur Alleinentscheidung sind dem Bundesrat wann vom Nationalrat, dem Ständerat oder der Bundesversammlung übertragen worden? 2. Welche Entscheidungen hat der Bundesrat wann in Ausübung dieser Alleinentscheidungskompetenz seit Übertragung der Kompetenz getroffen?
25.7645	DE FR IT	Fra. Amaudruz. Wie lange noch?	Die aktive elektronische Überwachung als Teil der Massnahmen zur Verhinderung häuslicher Gewalt wird in Spanien seit mehr als fünfzehn Jahren eingesetzt. Die Schweiz zögert, die Liste der Opfer wird immer länger. Der Kanton Zürich testet dieses Instrument. - Wie lange dauert diese Studie? - Wie lange dauert es, bis eine Beurteilung vorliegt? - Wie lange dauert es, bis mit der Ausarbeitung der Rechtsgrundlagen begonnen wird? - Wie lange dauert es, bis Frauen mit der Umsetzung des Systems rechnen können?

25.7657	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. BAZ Kreuzlingen: Wie schützt der Bundesrat die Bevölkerung vor kriminellen Asylmigranten?	Am 29.8.2025 haben zwei Algerier und ein Marokkaner am Bahnhof Kreuzlingen einen Mann mit einem Messer bedroht, verletzt und ausgeraubt. Fast zeitgleich teilte das SEM der Stadt mit, die Sicherheitspatrouillen zu reduzieren. - Handelt es sich bei den Tätern um Asylmigranten? - Befinden sie sich in U-Haft oder auf freiem Fuss? - Sind sie aus einem BAZ? Geschah die Tat im Ausgang? Dürfen sie weiterhin in den Ausgang? - Wie schützt der Bundesrat die Bevölkerung vor kriminellen Asylmigranten?
25.7667	DE FR IT	Fra. Golay Roger. Wurde die ehemalige Direktorin von fedpol von allen Verpflichtungen gegenüber dem Bund, insbesondere von einer Karenzfrist, befreit?	Frau della Valle verliess am 31. Januar 2025 ihre Stelle als Direktorin von fedpol. Aus der Presse wurde bekannt, dass Frau della Valle, die besonders sensible Funktionen im Bereich der nationalen Sicherheit innehatte, drei Monate nach ihrem Ausscheiden von der israelischen Investmentgesellschaft Champel Capital eingestellt wurde, die im Bereich Verteidigung und Sicherheit, insbesondere im Ausland, tätig ist. – Wurde Frau della Valle eine Karenzfrist nach Artikel 94b der Bundespersonalverordnung auferlegt? – Wenn ja, welche Frist wurde vereinbart?
25.7674	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Neue SEM-Praxis: Wie viele Afghanen wurden seither tatsächlich ausgeschafft?	Jeden Monat wandern rund 500 Afghanen über sichere Drittstaaten in die Schweiz ein. Am 20.3.25 hat das SEM eine Änderung der Afghanistan-Praxis angekündigt. Männer, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, würden damit künftig "unter bestimmten Umständen" wieder weggewiesen. 1. Wie viele Afghanen wurden seither ausgeschafft? Wie viele davon sind Kriminelle? 2. Wie vielen Afghanen wurde seither Asyl oder die vorläufige Aufnahme gewährt? 3. Wie viele ausreisepflichtige Afghanen sind noch in der Schweiz?
25.7676	DE FR IT	Fra. Fischer Benjamin. „Begrenzte Personenanzahl“ im neuen FZA – wo festgeschrieben?	In seiner Antwort auf die Interpellation 25.3633 "Verstoss gegen Artikel 121a Absatz 4 der Bundesverfassung" schreibt der Bundesrat: "Gestützt auf die in diesem Rahmen vorgesehenen Änderungen im FZA könnte lediglich eine geringe Anzahl zusätzlicher Personen neu in die Schweiz zuwandern. Diese begrenzte Personenanzahl hat nur geringfügige Auswirkungen auf die Zuwanderung..." - Wie hoch ist diese begrenzte Personenanzahl? - Wo ist diese Begrenzung festgeschrieben?
25.7686	DE FR IT	Fra. Brizzi. Revision der Pflegekinderverordnung (PAVO)	Welche konkreten Massnahmen für die Revision der PAVO (Postulat 22.4407 Roduit) wurden ergriffen und wie sieht der aktuelle Zeitplan aus?
25.7687	DE FR IT	Fra. Amaudruz. Elektronische Fussfesseln (aktive Überwachung)	Bundesrat Beat Jans reiste im Juli nach Spanien, um sich über Massnahmen gegen häusliche und sexuelle Gewalt auszutauschen. Spanien setzt erfolgreich ein Überwachungs- und Alarmsystem mit elektronischen Fussfesseln für Täterinnen und Täter ein. Zudem kommt ein Algorithmus (VioGen) zum Einsatz, der das Risiko für die Opfer bewertet und eine Anpassung der Schutzmassnahmen ermöglicht. – Hält der Bundesrat dieses System für geeignet? – Wenn ja, wie und wann wird es schweizweit eingeführt? – Welche finanziellen Mittel sind einzuplanen?

25.7691	DE FR IT	Fra. Bertschy. Geschlechtsspezifische Gewalt: Sensibilisierung, Schulung, Prävention - Best Practices implementieren	In einigen Kantonen finden im Nachgang von Einsätzen bei häuslicher Gewalt gezielte Täteransprachen durch die Polizei statt (z.B. St. Gallen). - Erachtet der Bundesrat dies als wirksame Massnahme zur Eindämmung der geschlechtsspezifischen Gewalt? - Wenn ja, wie gedenkt er, die schweizweite Implementierung voranzutreiben? - Wenn nein, welche alternativen Massnahmen wird er vorantreiben? - Wo & wann findet ein regelmässiger Erfahrungsaustausch zu Best Practice (Sensibilisierung, Schulung, Prävention) statt?
25.7702	DE FR IT	Fra. Arslan. Täterarbeit zur künftigen Vorbeugung von Wiederholungstaten in geschlechtsspezifischer Gewalt	Die Täterarbeit im Bereich sexualisierter Gewalt wurde vor einem Jahr im Rahmen der Sexualstrafrechtsrevision in Kraft gesetzt. - Wie viele Kantone haben die Täterarbeit eingeführt? - Welche Kantone haben sie eingeführt und wie viele Täter wurden seither begleitet? - Welche Kantone haben sie noch nicht eingeführt? Aus welchen Gründen? Wann ist die Einführung vorgesehen? - Wie stellt der Bundesrat sicher, dass dieser Gesetzesartikel nicht zum toten Buchstaben wird?
25.7705	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Existiert das IGE (Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum) noch oder handelt es sich um eine Phantombehörde?	Mit Schreiben vom 9. Februar 2024 verlangte Rechtsanwalt Nicolas Schwarz, Zürich, Auskünfte über Fälle, in denen das Schweizerkreuz (Swissness) missbräuchlich verwendet wurde, hinsichtlich Produkte, die im Ausland hergestellt wurden. Warum wurde dieses Schreiben bis heute nicht beantwortet?
25.7736	DE FR IT	Fra. Schilliger. Schliessung BesoZ in Les Verrières	Gemäss Medienmitteilung vom 27. Juni 2025 wird das BesoZ in Les Verrières geschlossen. Daraus entstehen die folgenden Fragen: - Wie ist der aktuelle Stand der Schliessung? - Wo werden danach renitente Asylsuchende untergebracht? - Inwiefern ist der Bund, namentlich das SEM in der Umsetzung der angekündigten Schliessung des BesoZ überhaupt involviert? - Plant der Bund, bzw. das SEM den Aufbau einer Alternativlösung? - Gibt es alternative Szenarien für die Unterbringung von renitenten Asylsuchenden?
25.7737	DE FR IT	Fra. Wasserfallen Christian. Sicherheit der Bevölkerung ohne Besondere Asylzentren (BesoZ) gewährleisten	Das Staatssekretariat für Migration (SEM) will das Besondere Zentrum (BesoZ) in Les Verrières schliessen und künftig auf separate, eigenständige Zentren verzichten. Renitente Asylsuchende sollen innerhalb oder in unmittelbarer Nähe der bestehenden Bundesasylzentren (BAZ) untergebracht werden. □Welche konkreten Massnahmen sieht der Bund unter diesen Umständen vor, um die Sicherheit der Bevölkerung und des Personals sowie eine verbesserte Betreuung der übrigen Asylsuchenden sicherzustellen?
25.7747	DE FR IT	Fra. Steinemann. Warum vergibt der Bund Rückkehren wieder den Status S?	Der Bundesrat hat mehrmals klargestellt, dass Personen mit Status S, die (längere Zeit) zurück in die Ukraine reisen, keinen Anspruch mehr auf einen zweiten Status S haben. Gemeinden im Kanton Zürich haben feststellen müssen, dass das SEM dennoch Rückkehrern den Status S neu erteilt. Warum und wie vielen ?

25.7754	DE FR IT	Fra. Steinemann. Richter, die bei der Umgehung der klaren Einbürgerungskriterien behilflich sind	Das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich hat einem mehrfach vorbestraften Russen recht gegeben, der trotz Einträgen im Strafregister seine Einbürgerung erzwingen wollte. Welche Rechtsgrundlagen sind wie abzuändern, damit die Gerichte in Zukunft keine Ausnahmen mehr von den klaren Grundsätzen der Einbürgerungsvoraussetzungen gewähren können?
25.7768	DE FR IT	Fra. Aeschi. «Strichli-Liste» von alt Nationalrat Toni Brunner, SVP-Parteipräsident 2008-2016. Anfrage Nummer 31 im dritten Quartal 2025	Nachdem die Ausschaffungs-Initiative (09.060) am 28. November 2010 durch Volk und Stände angenommen wurde, dauerte es 14 (!) Jahre, bis der Bundesrat am 26. November 2024 erste Zahlen zu den Wegweisungen und Landesverweisungen bekannt geben konnte (Link). Zahlreiche Zahlen bleiben noch unter Verschluss (siehe 2. und 3. Frage vom 9. Dezember 2024 unter 24.7938). An welchem Datum im 4. Quartal 2025 wird der Bundesrat diese Fragen für das Jahr 2024 beantworten?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

25.7580	DE FR IT	Fra. Glättli. Hat das VBS die Öffentlichkeit bezüglich Verhandlungen mit der USA über Aufschub der Air2030-Ratenzahlungen getäuscht?	An der PK vom 1.2.2024 sagte Gerhard Jakob (Chef Finanzen VBS), die Schweiz suche mit der US Regierung nach Möglichkeiten, die Zahlungstranchen von Air2030 flexibler zu gestalten (Quelle: http://bit.ly/4IYG11C). 1. Welche Kontakte welcher Schweizer Vertreter:innen fanden vor/nach dieser Aussage mit den USA statt, um die Zahlungstranchen flexibler zu gestalten? Mit welchem Resultat? 2. Hat die CH Einfluss auf die Zahlungstranchen? 3. Welche Detailinfos hat sie zum tatsächlichen Produktionsfortschritt?
25.7581	DE FR IT	Fra. Pahud. Schliessung des Hôtel du Chasseron: Was plant armasuisse, damit der Tourismus in der Region Sainte-Croix/Les Rasses trotzdem erhalten bleibt?	Das Hôtel du Chasseron ist der Dreh- und Angelpunkt für die ganzjährige Tourismusentwicklung in der Region des Waadtländer Jurabalkons. Der Beschluss von armasuisse, das Hotel per 30. September zu schliessen, ist unbegreiflich. - Welche Sofortmassnahmen schlägt armasuisse vor, damit das Hotel so schnell wie möglich wiedereröffnet werden kann? - Lässt sich mit einem temporären Mietvertrag kurzfristig eine Wirtin oder ein Wirt gewinnen, bis eine langfristige Lösung mit den Gemeinden gefunden wird?
25.7591	DE FR IT	Fra. Weichert. Wie nahe ist die CH-Armee von Israel?	- Gelten die Grundsätze der Good Governance für die eidgenössische Swiss Innovation Force AG? - Ist es akzeptabel, dass einer ihrer Mitarbeiter gleichzeitig aktiv bei der israelischen Investmentgesellschaft "Champel Capital" ist, die in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung arbeitet? - Kann es ausgeschlossen werden, dass israelische Unternehmen seit drei Jahre von Herrn Shapira bei seiner "Suche nach Lösungspartnern aus den unterschiedlichsten Anwendungsbereichen" bevorzugt worden sind?

25.7593	DE FR IT	Fra. Molina. Geplante Reduktion der F-35-Stückzahl: Wie will der Bundesrat erreichen, was noch nie jemandem gelungen ist?	Der Kaufvertrag der F-35-Kampffjets mit den USA basiert auf dem US-Programm Foreign Military Sales (FMS). Eine nachträgliche Stückzahlreduktion ist gemäss FMS nicht möglich. Stattdessen müsste der Vertrag mit den USA gekündigt werden. 1. Bereitet der Bundesrat eine Kündigung und eine neue Verhandlung vor? 2. Plant er stattdessen vertragsbrüchig zu werden, um die Stückzahl zu senken? Mit welchen Konsequenzen? 3. Oder glaubt er, dass es möglich ist, einen Teil der gekauften Jets weiterzuverkaufen?
25.7594	DE FR IT	Fra. Molina. Unwürdige und strafbare Rituale in der Armee: Welche Massnahmen ergreift das VBS?	2018 kam es in Colombier (NE) zu einem besonders krassen Fall von systematischer Gewalt gegen AdA durch deren Vorgesetzte bei deren Beförderung. 1. Sind menschenunwürdige und strafbare Rituale in der Armee nach wie vor verbreitet? 2. Wird darüber Statistik geführt? 3. Ist der Einsatz der Armee gegen Machtmissbrauch und menschenunwürdige und strafbare Behandlung Teil des 16-Punkte-Massnahmenplans gegen (sexualisierte) Gewalt und Diskriminierung? 4. Sieht der Bundesrat gesetzgeberischen Handlungsbedarf?
25.7596	DE FR IT	Fra. Molina. Gibt es bei der Beschaffung der Patriot-Luftabwehr-Systeme ebenfalls Probleme?	Am 17.07.25 informierte der Bundesrat, dass sich die Auslieferung der Patriot-Systeme durch die USA verzögert. 1. Ist inzwischen klar, wann die Schweiz mit der Lieferung rechnen kann? 2. Welche Massnahmen werden zur Schliessung der Fähigkeitslücke bodengestützte Luftverteidigung grösserer Reichweite ergriffen? Werden Alternativen oder Kooperationen geprüft? 3. Welche finanziellen Auswirkungen hat der Entscheid der USA auf die Schweiz?
25.7598	DE FR IT	Fra. Molina. Nicoletta della Valles zweifelhafter Wechsel in die israelische Rüstungsindustrie	Die ehemalige Fedpol-Direktorin ist künftig für eine Firma tätig, die u.a. israelische Start-Ups in der Rüstungs- und Sicherheitsindustrie finanzieren wird. - Wie nimmt die Schweiz ihre völkerrechtliche Sorgfaltspflicht wahr, Geschäftsbeziehungen, die zur Aufrechterhaltung der widerrechtlichen israelischen Besetzung Palästinas verwendet werden können, zu unterbinden? - Wie wird sichergestellt, dass im vorliegenden Fall keine Schweizer Sicherheitsexpertise in israelische Firmenprojekte fliesst?
25.7599	DE FR IT	Fra. Weichert. Erneut Kohärenzprobleme beim Bund? Auch für die Armee ist Zucker gesundheitsschädigend!	- Wie ist es möglich, dass eine Privatfirma am Tag der offenen Tür in der Kaserne Brugg (12. April 2025) mit einem Werbefahrzeug für Redbull-Getränke wirbt? - Ist die kostenlose Abgabe von Redbull zu Werbezwecken, auf dem Kasernengelände erlaubt? - Steht die kostenlose Abgabe von Redbull, einem Getränk, dessen Hersteller sich weigert, die Erklärung von Mailand zu unterzeichnen und den Zuckergehalt zu senken, auf dem Kasernengelände in Einklang mit der Gesundheitspolitik des Bundes?

25.7635	DE FR IT	Fra. Addor. Hermes-900-Drohnen (Projekt ADS 15): Wie geht es nun weiter?	Die Drohne Hermes 900: ein System für schönes Wetter und einen freien Luftraum, geliefert mit erheblicher Verspätung. - Werden gegenüber Elbit Systems und der Ruag Entschädigungsansprüche geltend gemacht? - Wurde alles Nötige getan, um zu verhindern, dass die Ansprüche des Bundes verjähren? - Und müsste man angesichts der schwierigeren Einsatzbedingungen – die in der Schweiz nun einmal der Normalfall sind – nicht sofort nach einer anderen Lösung suchen?
25.7652	DE FR IT	Fra. Gafner. 100 Jahre Labor Spiez	Fragen zum Personal 1. Wie setzt sich das Personal des Labor Spiez per 31. Dezember 2024 aufgeschlüsselt nach Funktionskategorien (wissenschaftliches Personal, technische Fachkräfte, Administration, Logistik) und Anstellungsverhältnis (Festanstellung, befristet, Teilzeit, Vollzeit) zusammen? 2. Wie hoch ist der Anteil der Mitarbeitenden mit Schweizer Staatsbürgerschaft, und wie viele kommen aus dem Ausland – bitte aufgeschlüsselt nach Nationalitäten und Funktionskategorien.
25.7653	DE FR IT	Fra. Gafner. 100 Jahre Labor Spiez	Fragen zum Personal 1. Wie viele Mitarbeitende wohnen im Kanton Bern und wie viele pendeln aus anderen Kantonen bzw. aus dem Ausland? 2. Welche Berufsgruppen bzw. Ausbildungshintergründe sind am stärksten vertreten, und wie viele Mitarbeitende verfügen über eine sicherheitsrelevante Spezialausbildung (z. B. BSL-3-Zertifizierung, ABC-Schutz)? 3. Wie hoch war die Fluktuationsrate des Personals in den letzten fünf Jahren, und welche Hauptgründe wurden für Austritte angegeben?
25.7663	DE FR IT	Fra. Addor. Ruag: Anwaltskosten in Millionenhöhe statt Munition für unsere Armee?	Die Ruag soll unter anderem im Zusammenhang mit bestimmten Unregelmässigkeiten mehr als 10 Millionen Franken für Anwaltskosten ausgegeben haben (https://www.blick.ch/politik/neues-ungemach-bei-ruag-bundesfirma-gibt-ueber-10-millionen-franken-fuer-gutachten-aus-id21203936.html). – Duldet der Bundesrat diese Art der kostspieligen Auslagerung von Aufgaben der Corporate Governance? – Beabsichtigt der Bundesrat, Massnahmen zu ergreifen? – Wäre es nicht besser, diese enormen Beträge in den Kauf von Munition zu investieren?
25.7698	DE FR IT	Fra. De Ventura. Untersuchungskosten Ruag-Skandal	Gemäss Medienberichten belaufen sich die Kosten für die externe Untersuchung des RUAG-Skandals inzwischen auf über CHF 10 Millionen. - Wie hoch sind die bisherigen Kosten der Untersuchung und an wen wurden diese Mittel ausbezahlt? - Hält der Bundesrat diese Kosten für verhältnismässig und wie rechtfertigt er sie? - Wie erklärt der Bundesrat das offensichtliche Versagen der internen Kontrollmechanismen innerhalb der RUAG sowie im VBS, das dazu führte, dass diese externe Untersuchung notwendig wurde?

25.7664	DE FR IT	Fra. Dobler. Ziviles Knowhow für die Drohnenentwicklung der Armee nutzen	Drohnen sind mittlerweile nicht mehr aus der modernen Kriegsführung wegzudenken und ihre Entwicklungskurve verläuft exponentiell. Vor diesem Hintergrund sollte namentlich auch das zivile Knowhow der agilen Schweizer Startup-Szene genutzt werden, indem sie unkompliziert mit der Armee Mini- und Microdrohnen auf Schiess- und Waffenplätzen testen kann. Hat das VBS Verfahren etabliert, um mit zivilen Unternehmen im Rahmen ziviler Luftfahrtregulatorien Drohnentechnologie zu testen?
25.7672	DE FR IT	Fra. Chollet. Erneute Verzögerung bei Block 4: Folgen für die Schweizer F-35	Armasuisse hat die Lieferung der Schweizer F-35 in der Block-4-Konfiguration ab Mitte 2027 angekündigt. Nach Angaben des amerikanischen Rechnungshofs wird diese Konfiguration jedoch erst frühestens 2031 fertiggestellt sein. Bereits 2023 wurde eine Verzögerung von fünf Jahren festgestellt; nun kommen zwei weitere Jahre hinzu. Welche möglichen Mehrkosten würden für die Schweiz entstehen und wie will der Bundesrat die Einhaltung des angekündigten Zeitplans gewährleisten?
25.7681	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Sind die Menschen in Emmen weniger wichtig als im Rest der Schweiz: Problem Drohne darf nicht mehr über Schweizer Gemeinden fliegen, ausser in Emmen !	Die Testflüge mit der Problem-Drohne Hermes 900 sollen wieder aufgenommen werden, obwohl diese im Ausland schon viermal abgestürzt ist. Die Militärluftfahrtbehörde verbietet ab sofort Drohnenflüge über dicht besiedeltem Gebieten, aber in Emmen sind Starts und Landungen weiterhin erlaubt. In Emmen leben 33'000 Menschen in dicht besiedeltem Gebiet. - Weshalb setzt der Bundesrat die Menschen in Emmen dieser Gefahr aus? - Ist der Bundesrat bereit die Drohnenflüge umgehend zu stoppen? - Wenn nein, weshalb?
25.7682	DE FR IT	Fra. Rügsegger. Stand Projekt Olympische Spiele 2038 in der Schweiz - wann werden die Kommissionen mit einbezogen?	Nach der Bekanntgabe vom Rücktritt des Swiss Ski Präsidenten, stellen sich Fragen zum Projektstand und zum Zeitplan. Dem Bundesrat liegt ein Bericht vor, der als Grundlage für den Planungsbeschluss dient und einen Überblick über die wichtigsten Themenfelder, sowie die weitere Entwicklung des Projekts Olympische Spiele geben soll. Von Interesse sind, nebst Finanzen und Sicherheit, Themen und Herausforderungen, die das VBS betreffen und den politischen Prozess bspw. die WBK abgearbeitet werden.
25.7685	DE FR IT	Fra. Zryd. Fragen zum Projekt "Olympische und Paralympische Winterspiele 2038" in der Schweiz	1. Welche Massnahmen sieht der Bundesrat vor, um sicherzustellen, dass eine breite politische und gesellschaftliche Mehrheit eine allfällige Olympiakandidatur 2038 als vielseitige Chance für die Schweiz sieht, da die Spiele auf bestehenden Anlagen und in allen Sprachregionen stattfinden sollen? 2. Welche Elemente betrachtet der Bundesrat als entscheidend im Hinblick auf den von ihm angekündigten Planungsbeschluss zur Olympiakandidatur 2038 im Juni 2026?
25.7690	DE FR IT	Fra. Fischer Benjamin. Treibstoffabgaben der Armee	Wie hoch sind die jährlichen Ausgaben der Schweizer Armee für Treibstoffabgaben (Mineralölsteuer, Mineralölsteuerzuschlag, Mehrwertsteuer)? Bitte um Angabe der bezahlten Beträge pro Abgabearart für die letzten vier Jahre.

25.7707	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Dienstflotte für Berufsoffiziere und Berufsunteroffiziere	In der Antwort zu meinem Postulat 25.3894 schreibt der Bundesrat, dass Armeepersonen mit Dienstfahrzeugen diese mit einem monatlichen Pauschalbetrag mitfinanzieren (250 - 320 Franken). - Wie hoch ist dieser relativ zu den laufenden Gesamtkosten pro Fahrzeug und Jahr? - Können die Fahrkosten bei den Steuern abgezogen werden? - Der Bundesrat schreibt ebenso, dass als Dienstfahrzeuge grundsätzlich elektrisch betriebene Fahrzeuge beschafft werden, wie hoch ist deren Anteil und wie entwickelt sich dieser?
25.7709	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Existiert das VBS noch oder handelt es sich um eine Phantombehörde?	Mit Gesuch vom 22. Juli 2025 verlangte der Gesuchsteller gestützt auf das Öffentlichkeitsprinzip des Bundes u.a. folgende Unterlagen der Anwaltskanzlei Homburger hinsichtlich F35-Deal heraus: Anwaltsvollmachten, Mandats- und Honorarvereinbarungen, Detaillierte Schlussabrechnungen. - Warum wurde dieses Schreiben innerhalb der gesetzlichen Frist von 20 Tagen bis heute vom VBS nicht beantwortet? Verpasst ein Bürger eine Frist, wird ein Bürger sanktioniert. - Wie sanktioniert der Bundesrat das VBS?
25.7726	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Diversity Management im VBS	- Wie viele Bereiche beschäftigen sich im VBS hauptsächlich mit den Themenbereichen Gleichstellung und Diversity? - Wie viele Fachstellen bzw. Sachverantwortliche sind im VBS dafür angestellt?
25.7727	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Wie teuer ist die Fachstelle Frauen in der Armee und Diversity?	Wie viele Stellenprozente sind in der Fachstelle Frauen in der Armee und Diversity angesiedelt und wie hoch ist das jährliche Budget für diese Fachstelle?
25.7729	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Studien in der Armee 1 – Wie viele gibt es?	Kürzlich hat das VBS eine Studie über Diskriminierung und sexualisierte Gewalt in der Armee veröffentlicht und eine weitere Studie zu nonbinären Personen in der Armee musste abgebrochen werden. - Wie viele solche Studien gibt die Armee im Jahr in Auftrag? - Wie viele Personen arbeiten in der Verwaltung an diesen Studien mit?
25.7730	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Studien in der Armee 2 – Wie viele Arbeitsstunden braucht eine Studie?	Kürzlich hat das VBS eine Studie über Diskriminierung und sexualisierte Gewalt in der Armee veröffentlicht und eine weitere Studie zu nonbinären Personen in der Armee musste abgebrochen werden. Wie hoch setzt die Armee die notwendigen Arbeitsstunden für das Erstellen und die Auswertung solcher Studien an?
25.7731	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Wie viele Studien hat die Fachstelle für Gleichstellung und Diversity bisher in Auftrag gegeben?	- Wie viele Studien hat die Fachstelle für Gleichstellung und Diversity seit ihrer Schaffung im Jahr 2022 in Auftrag gegeben? - Welche Studien sind das?

25.7746	DE FR IT	Fra. Kaufmann. Jugend+Sport (J+S): Entwicklung der Teilnehmendenzahlen	J+S ist das grösste Sportförderprogramm des Bundes. Unlängst war zu vernehmen, dass 2024 so viele Kinder und Jugendliche davon profitieren konnten wie noch nie. - Wie entwickelte sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in den letzten 5 Jahren über alle Bereiche hinweg durch J+S unterstützt wurden, und wie entwickeln sich die Teilnehmendenzahlen gemäss Prognosen in den kommenden 5 Jahren (je absolut und in Prozent)? - Wie beurteilt der Bundesrat diese Zahlen sowie die Entwicklung?
25.7760	DE FR IT	Fra. De Ventura. Externes Qualitäts- und Risikomanagement bei den VBS-Topprojekten	Ab 2026 plant das VBS für alle Grossprojekte spezialisierte, externe Dienstleister für das Qualitäts- und Risikomanagement zu verpflichten. - Wie hoch waren die Kosten für das externe QRM dieser Topprojekte bisher und von welchen zusätzlichen Kosten wird durch diesen Beschluss ausgegangen? - Wie hilft das VBS mit, externe Beratermandate, Gutachten und Dienstleistungsverträge und die damit verbundenen Zusatzkosten insgesamt zu reduzieren?
25.7762	DE FR IT	Fra. Glättli. Überweist der Bundesrat trotz Zollhammer und Kostenexplosion beim F-35A tatsächlich am 15.9. über 300 Millionen an die USA für den F-35?	Die USA hat der Schweiz mitgeteilt, dass die Schweizer F-35 viel teurer werden. Der US-Rechnungshof stellte am 3.9. massive Verzögerungen/Kostenüberschreitungen beim Block 4 fest. Gleichzeitig hat die USA den Zollhammer beschlossen und es ist nicht klar, ob sie einer Reduktion der Bestellmenge der F-35 zustimmt. - Welche Tranchen für F-35 wurden/werden 2025 bezahlt? - Werden nun tatsächlich am 15.9.2025 mehrere hundert Mio. Franken überwiesen, obwohl dies die Verhandlungsposition der Schweiz schwächt?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

25.7597	DE FR IT	Fra. Molina. Warum hat die Schweiz die dringend notwendige Unterstützung für Friedens- und Menschenrechtsorganisationen in Israel eingestellt?	1. Weshalb werden israelische NGOs ab 2025 von der Schweiz nicht mehr unterstützt und langjährige Partnerschaften beendet? 2. Sind andere MENA-Länder von dieser Massnahme betroffen? 3. Wann kommt die MENA-Strategie 2025-28 und wie werden bis dahin die Ziele der Schweiz im Bereich Frieden und Menschenrechte verfolgt und Partner definiert? 4. Welche Schritte unternimmt die Schweiz, um israelische und Schweizer NGOs trotz «Shrinking Space» bei ihrer Arbeit in Israel/Palästina zu unterstützen?
---------	--	---	---

25.7603	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. EU-Abkommen: Wie umfangreich ist das Paket wirklich?	Am 13. Juni 2025 hat der Bundesrat ein Paket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU in die Vernehmlassung geschickt. 1. Hat der Bundesrat das Paket gelesen? 2. Wie viele EU-Verordnungen, Richtlinien und sonstige Rechtsakte sind im Rahmen dieses Pakets betroffen? 3. Wie viele A4-Seiten würden diese Rechtsakte insgesamt ausmachen? 4. Hält der Bundesrat die Vernehmlassungsfrist bis zum 31. Oktober 2025 für ausreichend, um eine fundierte öffentliche Stellungnahme zu ermöglichen?
25.7640	DE FR IT	Fra. Tschopp. Warum beharrt der Bundesrat darauf, den Staat Palästina nicht anzuerkennen?	Die UNO hat im Gazastreifen den Zustand einer Hungersnot ausgerufen. Ursache ist die Verweigerung humanitärer Hilfe für die palästinensische Zivilbevölkerung durch die israelische Regierung, was einen Verstoss gegen die Genfer Konventionen darstellt. Im Westjordanland entstehen immer mehr illegale israelische Siedlungen. Die Mehrheit der Staaten erkennt den Staat Palästina an. Das ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Sicherheit und jedwede Hoffnung auf Frieden. Warum beharrt der Bundesrat darauf, den Staat Palästina nicht anzuerkennen?
25.7651	DE FR IT	Fra. Chollet. Wie werden die Schweizer Angehörigen der internationalen Flotte (Global Sumud Flotilla) geschützt?	Am 8. September wurde eines der Hauptboote dieser internationalen Flotte mutmasslich von einer Drohne getroffen. 40 Schweizerinnen und Schweizer gehören der Flotte mit friedlichen Absichten an; ihr Ziel ist es, humanitäre Hilfe nach Gaza zu bringen. – Ist dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) die Herkunft der Drohne bekannt? – Plant das EDA Massnahmen zum Schutz der Schweizer Angehörigen der erwähnten Flotte? – Hat das EDA mit der israelischen Regierung Gespräche aufgenommen oder beabsichtigt es, dies zu tun, um die Sicherheit der Schweizer Angehörigen zu gewährleisten?
25.7701	DE FR IT	Fra. Nussbaumer. Menschenrechtsverletzungen und Kapitalanlagen der Suva	- Wie beurteilt der Bundesrat den Umstand, dass die Unfallversicherung Suva Ende 2024 Anleihen der israelischen Bank Hapoalim im Umfang von rund 6.7 Millionen Franken hält, während der norwegische Staatsfonds diese Bank aufgrund von Verstössen gegen Menschenrechte vom Anlageuniversum ausgeschlossen hat? - Plant der Bundesrat, für bundesnahe Investoren wie die Suva verbindliche Leitlinien vorzusehen, damit Investitionen zur Finanzierung von Menschenrechtsverletzungen künftig ausgeschlossen werden?
25.7706	DE FR IT	Fra. Crottaz. Gaza: Wie lange will der Bundesrat noch zuwarten?	Gaza: - Wie viele Zivilistinnen, humanitäre Helfer und Journalistinnen müssen noch durch Bomben getötet werden? - Wie viele Kinder müssen aufgrund der humanitären Blockade noch verhungern? - Wie viele Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht muss es noch geben? - Wie viele Mauern müssen noch fallen? - Und wie viele Tränen müssen noch fliessen, bevor es der Bundesrat endlich für gerechtfertigt hält, Handlungen zu verurteilen und Sanktionen zu ergreifen?

25.7733	DE FR IT	Fra. Mahaim. Was braucht es noch, damit der Bundesrat öffentlich anerkennt, dass Israel sein Recht zur Selbstverteidigung (bei Weitem) überschritten hat?	Nach dem Angriff vom 7. Oktober 2023 hat sich Israel auf sein Recht zur Selbstverteidigung nach der Charta der Vereinten Nationen berufen. Seitdem hat der von Israel geführte Krieg mit dem Ziel der Zerstörung von Gaza unvorstellbare Ausmasse angenommen. Was braucht der Bundesrat, damit er öffentlich sagt, dass Israel (in Tat und Wahrheit seit Langem und bei Weitem) sein Recht zur Selbstverteidigung nach dem Völkerrecht überschritten hat?
25.7734	DE FR IT	Fra. Walder. Was unternimmt die Schweiz, um ihren internationalen Verpflichtungen zur Verhinderung eines Völkermords in Gaza nachzukommen?	Was in Gaza geschieht, wird weithin als möglicher Völkermord eingestuft, dies nicht nur angesichts der Methoden -- Ermordung von Zivilistinnen und Zivilisten, Verweigerung humanitärer Hilfe, systematische Zerstörungen -- sondern auch angesichts der Absicht. Die israelische Regierung spricht offen davon, die Palästinenserinnen und Palästinenser loswerden und sich deren Land aneignen zu wollen. Von denjenigen, welche die derzeitigen Massaker überleben, werden also die meisten vertrieben werden. Was unternimmt der Bundesrat, um seinen internationalen Verpflichtungen zur Verhinderung und zur Bestrafung von Völkermord nachzukommen?
25.7735	DE FR IT	Fra. Walder. Worauf wartet der Bundesrat, bis er den Staat Palästina anerkennt?	Der Bundesrat weigert sich, den palästinensischen Staat anzuerkennen, bevor sich die beiden Parteien im Rahmen von Friedensverhandlungen auf eine Lösung geeinigt haben. Damit macht der Bundesrat die Anerkennung Palästinas vom Wohlwollen Israels abhängig. Hält es der Bundesrat wirklich für wahrscheinlich, dass Israel die Unabhängigkeit Palästinas akzeptiert, während die Regierung Netanjahu sich gegen jede Zweistaatenlösung stellt, den Siedlungsbau beschleunigt und die Knesset über die Annexion der palästinensischen Gebiete diskutiert?
25.7648	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Menschenrechtslage in Togo – wie hilft die Schweiz?	- Wie beurteilt der Bundesrat die Berichte von Menschenrechtsorganisationen über Folter, Verhaftungen und Repression gegen friedliche Demonstrierende in Togo? - Welche diplomatischen Schritte unternimmt er, um gegenüber der togoischen Regierung auf die Einhaltung von Demokratie und Menschenrechten hinzuwirken? - Welche Möglichkeiten sieht der BR, bedrohte MR-verteidiger*innen durch vereinfachte Visaerteilung oder gezielte Unterstützung der Zivilgesellschaft zu schützen und ihre Arbeit zu stärken?
25.7658	DE FR IT	Fra. Molina. Humanitäre Katastrophe und internationale Verbrechen in grossem Umfang im Sudan: Beitrag der Schweiz	1. Welche Lehren zieht der Bundesrat aus den Genfer Sudan-Gesprächen 2024 und welche Formate unterstützt die Schweiz 2025, um Armee, RSF sowie Zivilgesellschaft einzubinden? 2. Wird er ein befristetes Import- und Handelsverbot für Gold mit Ursprung Sudan prüfen, solange ein erhebliches Risiko der Kriegsfinanzierung besteht? 3. Welche Beiträge leistet die Schweiz zur internationalen Strafverfolgung, etwa zur Unterstützung des IStGH im Darfur-Dossier sowie zur aktiven Nutzung der Universaljurisdiktion?

25.7679	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Hinrichtungswelle im Iran und in Saudi-Arabien: Die Schweiz muss intervenieren!	Bei der Abschaffung der Todesstrafe sind in den letzten 30 Jahren bedeutende Fortschritte erzielt worden, doch seit einigen Jahren nimmt die Zahl der Hinrichtungen nicht mehr ab. So wurden beispielsweise kürzlich iranische Oppositionelle hingerichtet. Seit Anfang des Jahres 2025 sind 180 Menschen in Saudi-Arabien hingerichtet worden. Die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ist eines der Ziele der aussenpolitischen Strategie 2024–2027 des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten. Welche Schritte unternimmt die Schweiz, um im Sinne ihrer Ziele dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzuwirken?
25.7700	DE FR IT	Fra. Wyssmann. 24.032, Neutralitätsinitiative: Beschluss der APK-N vom 26.8.2025 und seine Folgen	Anlässlich der Kommissionssitzung vom 26.8.2025 hat die APK-N gemäss publizierter Medienmitteilung beschlossen, zum direkten Gegenentwurf des Ständerates zur Neutralitätsinitiative (24.032) die Vernehmlassung zu lancieren. Angesichts der geopolitischen Weltlage stellen sich folgende Fragen: - Wurde der Bundesrat von diesem Entscheid überrascht? - Wie beurteilt der Bundesrat die damit eingetretene, erhebliche zeitliche Verzögerung hinsichtlich verbindlicher Klärung der wichtigen Neutralitätsfrage?
25.7724	DE FR IT	Fra. Walder. Unterstützt der Bundesrat den Populismus?	Ende August hat Bundesrat Cassis vor Diplomatinen und Diplomaten den Populismus verherrlicht: Dieser sei kein Problem, sondern ein historischer Wandel der Demokratie, und trage zur Stabilität in der Mittelmeerregion bei. - Teilt der Bundesrat diese Meinung? - Betrachtet er den rechtsextremen Populismus in Italien und Ungarn, der auf Hass, Angst und Spaltung basiert, als positive Entwicklung für die Demokratien und als förderlich für Stabilität, Wohlstand und Glück?
25.7725	DE FR IT	Fra. Walder. Unterstützt der Bundesrat den Populismus (2)?	- Teilt der Bundesrat die Meinung von Bundesrat Cassis, dass der Populismus im Gegensatz zur wachsenden Entfremdung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den Institutionen keine Krankheit sei? - Oder betrachtet er den Populismus, wie ich es tue, als Teil des Problems, dem sich die Demokratien gegenübersehen, und nicht als Lösung?
25.7745	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Amtliche Propaganda für den EU-Unterwerfungsvertrag am Bundesgericht?	Am 28.8.25 hielten Patric Franzen (EDA) und Michael Schöll (BJ) am Bundesgericht Vorträge zu den neuen EU-Verträgen. Dabei hätten sie das Bundesgericht "mit Schwerpunkt auf rechtlichen Aspekten" informiert (LinkedIn). Nachdem das Bundesgericht dem FZA seit 2015 absoluten Vorrang vor der Bundesverfassung einräumt und künftig auch über die Auslegung der neuen Verträge befinden würde, ist das nicht ohne Brisanz. - Worüber wurde genau rechtlich informiert? - Werden die Vortragsunterlagen veröffentlicht?

25.7749	DE FR IT	Fra. Knutti. Informieren Bundesbeamte neutral über das EU - Rahmenabkommen	Bundesbeamte sind seit einiger Zeit bei Organisationen und Verbänden unterwegs. 1. Wie viele Beamte stellt der Bund für diese Informationsaufgaben zur Verfügung? 2. Wie viele Veranstaltungen wurden bis jetzt besucht und wie hoch sind die Gesamtkosten inklusive Spesen für den Steuerzahler? 3. Wie stellt der Bund sicher, dass die Informationen neutral vermittelt werden?
25.7757	DE FR IT	Fra. Steinemann. Wie viel Entwicklungshilfe zahlt die Schweiz wirklich?	Die Politik erwähnt immer nur das Geld, das der Bürger über Steuern für Entwicklungshilfe ausgibt. Aber die Schweizer spenden jedes Jahr einen viel höheren Betrag als Privatpersonen. - Wie hoch ist die Summe, die ohne staatliches Zutun ins Ausland fließt? - Wie hoch ist der gesamte Betrag von Staat und Privat in Relation zum BIP? - Welches andere Land gibt prozentual bzw. in Relation zur Bevölkerungszahl mehr aus als die Schweizer?
25.7773	DE FR IT	Fra. Aeschi. Staatliche Behördenpropaganda pro EU-Unterwerfungsvertrag resp. Paket Schweiz-EU (1/4)	Der Bundesrat wird gebeten, die Interviews in Zeitungen, Zeitschriften und Online-Medien von Alexandre Fasel, Patric Franzen und weiteren Bundesbeamten zum EU-Unterwerfungsvertrag resp. Paket Schweiz-EU seit Freitag, 20. Dezember 2024 (materieller Abschluss der Verhandlungen) bis heute mit Datum und Namen des Mediums aufzulisten.
25.7774	DE FR IT	Fra. Aeschi. Staatliche Behördenpropaganda pro EU-Unterwerfungsvertrag resp. Paket Schweiz-EU (2/4)	Der Bundesrat wird gebeten, die Stellungnahmen am Radio und Fernsehen von Alexandre Fasel, Patric Franzen und weiteren Bundesbeamten zum EU-Unterwerfungsvertrag resp. Paket Schweiz-EU seit Freitag, 20. Dezember 2024 (materieller Abschluss der Verhandlungen) bis heute mit Datum und Namen des Mediums aufzulisten.
25.7775	DE FR IT	Fra. Aeschi. Staatliche Behördenpropaganda pro EU-Unterwerfungsvertrag resp. Paket Schweiz-EU (3/4)	Der Bundesrat wird gebeten, die Auftritte ausserhalb der Bundesverwaltung von Alexandre Fasel, Patric Franzen und weiteren Bundesbeamten zum EU-Unterwerfungsvertrag resp. Paket Schweiz-EU seit Freitag, 20. Dezember 2024 (materieller Abschluss der Verhandlungen) bis heute mit Datum, Ort und Teilnehmer aufzulisten.
25.7776	DE FR IT	Fra. Aeschi. Staatliche Behördenpropaganda pro EU-Unterwerfungsvertrag resp. Paket Schweiz-EU (4/4)	Wie beurteilt der Bundesrat die staatliche Behördenpropaganda pro EU-Unterwerfungsvertrag resp. Paket Schweiz-EU von Alexandre Fasel, Patric Franzen und weiteren Bundesbeamten im Hinblick auf die internen Richtlinien der Bundesverwaltung betreffend die Promotionsaktivitäten von Bundesbeamten im Vorfeld von eidgenössischen Abstimmungen?

Departement des Innern

25.7583	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. "Saint or Sinner"	Am Basel SBB läuft aktuelle eine Kunstausstellung, wo das Werk «Saint or Sinner» des Künstlers M. Storm hängen sollte. Im August wurde verlautet, dass die Skulptur aus Sicherheitsgründen nicht gezeigt wird. Es ist unüblich, dass Galerien eine Ausstellung aus Sicherheitsgründen absagen, zumal diese das Werk wo anders zeigen will. Gab es Absprachen zwischen Bundesstellen und der SBB im Zusammenhang mit der Entscheidung, das Kunstwerk nicht zu zeigen und welche Rolle spielte der Bundesrat dabei?
25.7588	DE FR IT	Fra. Weichelt. Wird eine weitere Gesundheitsstudie (menuCH) verschleppt?	Die Nationalen Ernährungserhebung menuCH wurde von Januar 2014 bis Februar 2015 gemacht. Die Erhebung hat u.a. das Ziel, geltende Ernährungsempfehlungen zu überprüfen und wo nötig anzupassen und mit Lebensmitteln verbundene mögliche Risiken schneller zu erkennen. Dafür sind verlässliche Daten im zeitlichen Verlauf notwendig, um Effekte der Ernährungsempfehlungen und präventiven (Gesundheits-)Massnahmen evaluieren zu können. Wann wird die nächste Studie gemacht?
25.7592	DE FR IT	Fra. Lohr. ELG-Revision: sorgt der Bundesrat für eine rasche Umsetzung zur Verhinderung von vermeidbaren Folgekosten?	Im Juni 2025 hat das Parlament die Vorlage 24.070 angenommen. Abgesehen von den Fortschritten beim betreuten Wohnen werden auch die Anpassungen bei den EL-Wohnkosten von Menschen mit Behinderungen in Wohngemeinschaften dringlich erwartet. Mit der Wartezeit steigt das Risiko, dass Betroffene in Einzelwohnungen oder Institutionen umziehen müssen, was für die öffentliche Hand vermeidbare Folgekosten bedeuten würde. Was ist der Zeitplan für die Inkraftsetzung nach Ablauf der Referendumsfrist?
25.7600	DE FR IT	Fra. Weichelt. Wasseranalysen stoppen oder reduzieren und die Bevölkerung gefährden?	Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat gemäss Medienberichterstattung die Analyse von Abwasserproben auf Drogenrückstände gestoppt. - Welche Abwasseranalysen auf Drogenrückstände werden mit dem neuen Vertrag, der ab 2026 gelten soll, nicht mehr oder seltener gemacht? - Wie wirkt sich der neue Vertrag auf die Informationslage von ExpertInnen und Bevölkerung aus, wie auf die Kosten und welche Implikationen hat dies im Bereich der Sicherheit der in der Schweiz lebenden Bevölkerung?

25.7601	DE FR IT	Fra. Weichert. Gesetzliche Grundlage zum Monitoring von Effekten der Anwendung von problematischen Stoffen	Nach der Antwort des Bundesrates auf meine Ip. 25.3875: - Hat er geprüft, ob eine gesetzliche Grundlage besteht, die den Bund als Zulassungsbehörde für potenziell problematische Stoffe verpflichtet, ein Monitoring der tatsächlichen Effekte ihrer Anwendung in der Praxis zu betreiben und die Ergebnisse mit den in der Zulassung «prognostizierten» Effekten zu vergleichen? Wenn ja, zu welchem Schluss kommt er? Wenn nein, warum nicht? - Was empfiehlt die EFK im Prüfbericht 23489 zum Human-Biomonitoring?
25.7606	DE FR IT	Fra. Jost. Kostenlose Abtreibung - was gab den Anstoss?	Im Parlament gab es im Vorfeld des Kostendämpfungspakets 2 keinen Auftrag (Vorstoss), der auch den Schwangerschaftsabbruch vom Selbstbehalt befreien wollte: 1. Was gab den Anstoss, dass der Bundesrat diese Änderung in der entsprechenden KVG-Revision aufgenommen hat (welche zudem Kosten dämpfen sollte)? 2. Wieso hat der Bundesrat in der Botschaft, diese Änderung nicht umfassender begründet? Angesichts der Tatsache, dass die Gesellschaft in dieser Thematik gespalten ist, wäre dies angemessen gewesen.
25.7610	DE FR IT	Fra. Wyssmann. EU-Gesundheitsabkommen und integrierte Verordnung 2022/2370: Welche versteckten Leitlinien und Empfehlungen bestehen zusätzlich?	Die EU-Verordnung 2022/2370 soll über das Gesundheitsabkommen Bestandteil des Schweizer Rechts werden. Obwohl in Ziff. 29 der Verordnung stipuliert wird, dass dem ECDC keine Regulierungsbefugnisse übertragen werden sollen, wird auf Seite 8 der Verordnung festgelegt, dass das ECDC auf eigene Initiative oder auf Anordnung der Kommission Leitlinien erstellen oder Empfehlungen abgeben kann. Die Frage ist deshalb berechtigt: Welche versteckten Leitlinien und Empfehlungen bestehen zusätzlich?
25.7614	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Durchsetzungsbefugnisse der EU-Einsatzgruppen	Gemäss Entwurf für ein EU-Gesundheitsabkommens soll die Schweiz die EU-Verordnung 2022/2370 vom 23. November 2022 als integrierender Bestandteil übernehmen. Gemäss Ziff. 32 dieser Verordnung sollen nicht weiter definierte EU-Einsatzgruppen "Durchführungsbefugnisse" übertragen erhalten. - Um was für Einsatzgruppen und welche Durchsetzungsbefugnisse handelt es sich dabei? - Sind unter "Durchführungsbefugnissen" auch Zwangsmassnahmen zu verstehen? - Falls ja, welche? Falls nein, weshalb nicht?
25.7617	DE FR IT	Fra. Wyssmann. IGV und EU-Paket: Gewichtung der Vernehmlassungen	Der Bundesrat hat eine Vernehmlassung zu den rev. IGV durchgeführt und diese Vernehmlassung ausgewertet. - Nach welcher Gewichtung in exakten Zahlen hat der Bundesrat die Stimmen von Kantonen, Parteien, Wirtschaftsverbänden, Vereinen und Privatpersonen im Falle der IGV gewichtet? - Wie sieht die Gewichtung beim EU-Paket aus? - Wenn bspw. 51% der Kantonsregierungen eine positive Antwort zur Vernehmlassung geben, werden andere Organisationen keine Chance auf Gehör haben? - Wie lautet hier die Gewichtung?

25.7618	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Wie werden die angepassten IGV-Bestimmungen umgesetzt?	Das BAG weist auf seiner Homepage auf die Anpassungen der IGV hin. - Unter «Welche Auswirkungen haben die Anpassungen auf die Schweiz?» erklärt das BAG, dass keine Gesetzesänderung notwendig sei, um die IGV in der Schweiz umzusetzen (vgl. Antwort BR auf die Frage 23.7079 von NR Büchel). - Ist das rechtliche Instrument, um Änderungen der IGV auf nationaler Ebene umzusetzen, das Epidemieengesetz? - Wie beurteilt der BR die Anpassungen der IGV ohne eine (Teil-) Revision des Epidemiegesetzes?
25.7622	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Diskriminierung am Arbeitsplatz verhindern	Gemäss Empfehlungen des BAG vom 22. September 2022 (Regulierungsfolgenabschätzung infrast) zum rev. EpG sollen zusätzliche Informationspflichten eingeführt werden: 1. Welche Informationspflichten für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bezüglich Impfungen ihrer Mitarbeitenden sollen neu ins Arbeitsgesetz verankert werden? 2. Wie kann der Bundesrat verhindern, dass Mitarbeitende mit kritischen Meinungen an ihrem Arbeitsort diskriminierendem Verhalten ausgesetzt sind?
25.7624	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Nationale Strategie gegen Rassismus: Ist der muslimische Antisemitismus tabu?	Am 26.8.2025 hat in Bern eine Tagung zur Nationalen Strategie gegen Rassismus und Antisemitismus stattgefunden. 1. Weshalb wurde einer der Haupttreiber des Antisemitismus, der verbreitete Hass der radikalen Muslime auf die Juden, nicht thematisiert? 2. Ist sich der Bundesrat bewusst, dass der Islamismus planmässig daran arbeitet, Europa seinen Gesetzen zu unterwerfen? 3. Hat der Bundesrat eine Strategie, um die Schweiz vor den Gefahren des Islamismus zu schützen; was gedenkt er konkret zu tun?
25.7627	DE FR IT	Fra. Glättli. Wie genau werden Siedlungsgebiete vor Pestizid-Emissionen geschützt?	Auf meine Ip. 25.3878 schreibt der Bundesrat, dass Massnahmen zur Risikoreduktion für Siedlungsgebiete in den Anwendungsvorschriften von Pestiziden festgelegt sind. 1. Um welche Massnahmen handelt es sich dabei? 2. Wird die effektive Wirkung dieser Massnahmen bzw. die effektive Belastung der Menschen in diesen Siedlungsgebieten systematisch überprüft? 3. Falls ja: was bedeutet in dem Fall «systematisch» und zu welchen Schlüssen kommt der Bundesrat, insbesondere bezüglich Abdrift? Falls nein: warum nicht?
25.7628	DE FR IT	Fra. Vontobel. Eine Strategie ohne Plan B ist keine Strategie	Der 3-Stufen-Plan von EDI und BAG zu Beginn der Covid-19-Pandemie setzte ausschliesslich auf Impfungen. - Sieht der Bundesrat bzw. das BAG diesen Plan weiterhin als zielführend? - Wurden Alternativen geprüft, etwa ein sozialverträgliches <i>Aussitzen</i> (wie es letztlich geschah) oder andere Wirkstoffe – wenn ja, welche? - Wie können Impfungen bei einem ständig mutierenden Virus wirksam schützen?

25.7630	DE FR IT	Fra. Vontobel. Risikoabschätzung fremde Weisungsbefugnis	- Wurde ein externes Gutachten mit einer Risikoabschätzung erstellt, das die Gefahren prüft, die entstehen könnten, wenn eine internationale Organisation wie die WHO direkte Weisungsbefugnis gegenüber Schweizer Departementen erhält? - Wo sind diese Gutachten einsehbar?
25.7636	DE FR IT	Fra. Walder. Das Thema Unfruchtbarkeit stärker in die Öffentlichkeit tragen	In der Schweiz ist etwa jedes sechste Paar von Unfruchtbarkeit betroffen, während die Geburtenrate mit 1,3 einen historischen Tiefstand erreicht hat. Unfruchtbarkeit hat erhebliche Folgen für die betroffenen Paare sowie für unser Land und unsere Wirtschaft. Insbesondere der Mangel an Informationen über Unfruchtbarkeit trägt zu dieser Problematik bei. Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat, um diesem Informationsmangel entgegenzuwirken und die betroffenen Personen zu unterstützen?
25.7637	DE FR IT	Fra. Vontobel. Übermittlung sensibler Daten an ausländische Systeme	Die Anbindung an ausländische Systeme zum Zweck des Austauschs von Krankheitsdaten und Impfstatus könnte im Widerspruch zur Schweizerischen Datenschutzgesetzgebung stehen. - Welche Daten aus dem Impfmonitoring werden an ausländische Systeme übermittelt? - Über welche Schnittstellen erfolgt die Übermittlung? - Wie wird der Schutz personenbezogener Daten vollumfänglich gewährleistet?
25.7638	DE FR IT	Fra. Arslan. Mittel zur Erfassung von strukturellem und institutionellem Rassismus und Diskriminierung	Der Bericht zum Postulat 21.4137 zeigt auf, dass Erhebungen zu strukturellem und institutionellem Rassismus und Diskriminierung ausgebaut werden müssen. Die Autor:innen betonen, dass dies nur mit zusätzlichen Ressourcen möglich ist. - Ist der Bundesrat bereit, diese nötigen Ressourcen bereitzustellen? - Welche Massnahmen sind vorgesehen, um personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit das Ausmass der Problematik erkannt und der Staat seine Verantwortung übernommen werden kann?
25.7642	DE FR IT	Fra. Funicello. Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist Prävention gegen Gewalt!	Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine der wirksamsten Präventionsmassnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Rund 40% der Mütter sind in der Schweiz finanziell abhängig von ihren Partnern und kann sich somit keine eigene Wohnung leisten, der Genderoverall Gap beträgt über 40% und die Lohnungleichheit steigt. - Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass wirtschaftliche Ungleichbehandlung auch mitschuldig ist an der Gewaltepidsmie, die wir grad erleben? - Was gedenkt er dagegen zu tun?
25.7654	DE FR IT	Fra. Gafner. Beurteilung der Massnahmen durch die Bevölkerung	Frau Bundesrätin Baume-Schneider und das BAG haben mehrmals erwähnt (zum letzten Mal an der Medienkonferenz zum revidierten Epidemiengesetz), dass die Schweiz verhältnismässig gut durch die Pandemie gekommen sei. - Haben Sie Umfragen in der CH-Bevölkerung zu dieser Beurteilung durchgeführt? - Wenn ja mit welchem Umfrageinstitut und kann man diese Umfragen ansehen?

25.7655	DE FR IT	Fra. Gafner. Sozialer Zusammenhalt nicht gefährden	Bei ev. erneuten Einführung von Massnahmen wie Versammlungsverbot und 3G/2G-Regeln: - Mit welchen sozialen Kampagnen kann der Bundesrat verhindern, dass ein erneuter Keil zwischen Schweizer Bürger getrieben wird (gegenseitiges Diffamieren und Anzeigen, wie in der vergangenen Pandemie häufig geschehen)? - Kann mit gezielten Kampagnen der Austausch und Diskurs zwischen Menschen mit verschiedenen Haltungen gefördert werden? - Wie kann die Diskriminierung von Bevölkerungsgruppen generell verhindert werden?
25.7656	DE FR IT	Fra. Gafner. Frage 2 – Aufklärung zu Post-Vac-Symptomen	- Welche Kampagnen zur Aufklärung und Hilfestellung an Ärzte/Ärztinnen hat das BAG durchgeführt, um auf Symptome von Post-Vac und die Behandlungsmöglichkeiten hinzuweisen? - Welche Kampagnen wurden im Volk durchgeführt oder sind noch geplant, um die Bevölkerung auf die Symptome von Post-Vac aufmerksam zu machen, damit diese sich entsprechende Hilfestellung holen kann?
25.7665	DE FR IT	Fra. Lohr. Warum beschränkt das Kreisschreiben über die medizinischen Massnahmen der IV (KSME) die Finanzierung von Hippotherapie-K trotz grossem Nutzen auf nur zwei anerkannte Geburtsgebrechen?	Gem. KSME übernimmt die IV Hippotherapie für Kinder nur bei 2 Diagnosen. Studien u. die Praxis zeigen jedoch, dass die Therapie auch bei anderen Krankheiten wirksam ist und Folgekosten verhindert. Bereits heute braucht es eine ärztliche Verordnung mit dokumentierten medizinischen Befunden, die sich auf Erwerb von Fähigkeiten u. Fertigkeiten wesentlich auswirken. Wie begründet der Bundesrat die stark limitierte Übernahme, obwohl auch andere Kinder grossen Bedarf und Entwicklungschancen hätten?
25.7666	DE FR IT	Fra. Bally. Finanzierung zur Sicherheit und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt: Budgethöhe	- Wie hoch sind die Budgets von Bund und Kantonen zur Sicherheit und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt? - Für Täterarbeit - Für Prävention im öffentlichen Raum - Wie viel zur Schulung des Polizeicorps Aufgeteilt nach Bund/Kantone. - Falls der Bundesrat diese Zahlen nicht hat, bis wann gedenkt er diese einzuholen? Spanien investierte in seinem Budget 2023 4 Mrd. zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen und Kinder. Die Zahl der Femizide konnte halbiert werden und liegt rund 5mal tiefer als in der Schweiz.
25.7668	DE FR IT	Fra. Gysi Barbara. Kaufkraftverlust durch erneute Prämienerhöhungen – was tut die Politik im Bereich der Prävention dagegen?	Ende September werden die neuen Prämienerhöhungen bekannt gegeben. Erwartet wird ein Anstieg, der das Lohnwachstum übertrifft – und damit direkt zu einem Kaufkraftverlust führt. Zeitgleich gibt es massive Sparprogramme im Bereich der Prävention – obwohl dies künftige Kosten reduzieren können. - Welche Auswirkungen haben die Kürzungen im Präventionsbereich auf die Präventionsarbeit? - Wer könnte allenfalls diese Präventionsleistungen finanzieren, wenn der Bund sich aus der Finanzierung zurückzieht?

25.7670	DE FR IT	Fra. Wyss. Kaufkraftverlust durch erneute Prämienerrhöhungen – was tut die Politik im Bereich von neuen Finanzierungsmodelle dagegen?	Ende September werden die neuen Prämienerrhöhungen bekannt gegeben. Erwartet wird ein Anstieg, der das Lohnwachstum übertrifft – und damit direkt zu einem Kaufkraftverlust führt. Derzeit gibt es finanzielle Fehlanreize, welche zur Fehlversorgung führt – und erst noch unnötige Kosten verursachen. - Wie weit ist der Bundesrat mit neuen Finanzierungsmodellen – beispielsweise Qualität vor Quantität? - Welche Projekte sind diesbzgl. auch bei der EQK hängig und vielversprechend?
25.7673	DE FR IT	Fra. Chollet. Pestizidrückstände in Lebensmitteln: Wie wird sichergestellt, dass alle relevanten Stoffe überwacht werden?	Auf die Frage 25.7476 antwortete der Bundesrat, dass die Auswahl der Pestizide, auf die hin Lebensmittel kontrolliert werden, auf den Ergebnissen der Vorjahre beruht. Bei bestimmten potenziell gefährlichen Stoffen ist jedoch ein starker Anstieg der Verkaufszahlen festzustellen. - Wie wird sichergestellt, dass keine problematischen Stoffe übersehen werden, nur weil sie in den Vorjahren nicht Gegenstand der Kontrollen waren? - Wie werden neue Risikostoffe rechtzeitig erkannt?
25.7680	DE FR IT	Fra. Michaud Gigon. MeteoSchweiz bei Amazon: Was steckt hinter dem Entscheid?	Als erstes Bundesamt hat MeteoSchweiz 2023 seine Daten auf eine ausländische Cloud hochgeladen, nämlich auf jene von Amazon Web Services. - Welche Kriterien führten zu diesem Entscheid? - Spielten die Kosten eine wesentliche Rolle? - Wenn ja, wurde eine langfristige Kostenanalyse durchgeführt (Sicherheitsrisiken, Bedarf an ständigen Aktualisierungen und fehlende interne Expertise für die Verwaltung solcher Systeme)? - Und welche lokalen oder europäischen Alternativen wurden vor dem erwähnten Entscheid geprüft?
25.7692	DE FR IT	Fra. Baumann. Inwiefern hat der Bundesrat eine Beweislastumkehr für Deklarationspflichten geprüft?	Per 1. Juli sind neue Deklarationspflichten für importierte tierische Erzeugnisse, die mit in der Schweiz nicht zulässigen Produktionsmethoden erzeugt wurden, in Kraft getreten. Inwiefern hat der Bundesrat in diesem Rahmen die Einführung der Beweislastumkehr für Deklarationspflichten geprüft?
25.7693	DE FR IT	Fra. Baumann. Wieso hat der Bundesrat für Erzeugnisse von Schafen und Ziegen keine Deklarationspflicht erlassen?	Seit dem 1. Juli gelten neue Deklarationspflichten für tierische Erzeugnisse. Fleisch, Eier und Milch von Tieren, bei denen bestimmte schmerzhaft Eingriffe ohne Betäubung vorgenommen wurden, müssen nun gekennzeichnet werden. Gleiches gilt für Stopfleber und Froschschenkel. Nicht deklarationspflichtig sind dagegen Erzeugnisse von Schafen und Ziegen, die ohne Betäubung enthornt oder kastriert wurden. Wieso hat der Bundesrat für Erzeugnisse von Schafen und Ziegen keine Deklarationspflichten erlassen?

25.7694	DE FR IT	Fra. Baumann. Wie setzt der Bundesrat die Kundentransparenz für pflanzliche Erzeugnisse um?	Das Parlament hat dem Bundesrat mit der Motion 20.4267 den Auftrag erteilt, die Kundentransparenz bei pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen zu verbessern. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Lösung für pflanzliche Erzeugnisse war ungeeignet und wurde in der Vernehmlassung entsprechend scharf kritisiert. Nun verzichtet der Bundesrat gänzlich auf die Deklaration von pflanzlichen Erzeugnissen. Wie setzt der Bundesrat den Auftrag aus der Motion 20.4267 für pflanzliche Erzeugnisse nun um?
25.7695	DE FR IT	Fra. Baumann. Wie setzt der Bundesrat die Herkunftsdeklaration für Lebensmittel um?	Mit der Motion 19.4083 wurde dem Bundesrat der Auftrag erteilt, Lebensmittel, die im Ausland hergestellt oder zubereitet wurden, mit der eindeutigen Deklaration des Herkunftslandes zu kennzeichnen. Um die Transparenz für Konsumierende zu erhöhen und einen informierten Kaufentscheid zu ermöglichen, ist die Herkunftsdeklaration essenziell. In Folge der Vernehmlassung verzichtet der Bundesrat nun jedoch darauf. Wie setzt der Bundesrat den Auftrag aus der Motion 19.4083 nun um?
25.7696	DE FR IT	Fra. Romy. Kaufkraftverlust durch erneute Prämienerhöhungen – Was tut die Politik im Bereich der Medikamentenpreise dagegen?	Ende September werden die neuen Prämienerhöhungen bekannt gegeben. Erwartet wird ein Anstieg, der das Lohnwachstum übertrifft und damit direkt zu einem Kaufkraftverlust führt. Die Ausgaben im Bereich der Medikamente steigt. Der Ruf nach noch höheren Preisen vor dem Hintergrund von Trump ist in der Öffentlichkeit angekommen. Wie stellt sich der Bund dazu Preise zu erhöhen aufgrund der Trump'schen Politik?
25.7699	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Motion 22.3546 missachtet: Bundesrat entscheidet allein über verbindliche Änderungen der WHO-Gesundheitsvorschriften	Der Bundesrat hat entschieden, die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der WHO ohne Nutzung der in Art. 59 IGV vorgesehenen Widerspruchsmöglichkeit (Opting-out) zu akzeptieren. Dabei wurden weder das Parlament formell einbezogen noch die zahlreichen kritischen Stellungnahmen aus der Vernehmlassung berücksichtigt. - Warum hat der Bundesrat die Änderungen nicht dem Parlament vorgelegt, obwohl die Motion 22.3546 dies ausdrücklich verlangt? - Wie geht es nun weiter?
25.7703	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Bezahlung von «Finanzbeiträgen» im geplanten Gesundheitsabkommen (GA) mit der EU; Ein Fass ohne Boden?	Im GA verpflichtet sich die Schweiz zur Bezahlung von «Finanzbeiträgen». Diese sollen sich aus einem operativen Beitrag und einer Teilnahmegebühr zusammensetzen. Der operative Beitrag soll auf einem Beitragsschlüssel beruhen, der als Quotient aus dem BIP CH/EU definiert ist. Die Teilnahmegebühr soll 4% des operativen Beitrags betragen. Auf wie viele Franken hätten sich die CH-Beiträge in den letzten 10 Jahren detailliert aufgeschlüsselt be laufen, wenn das GA bereits anwendbar wäre?

25.7704	DE FR IT	Fra. Balmer. Ambulante Pauschalen dürfen zu keinen Mehrfachkonsultationen führen	Wird bei einer ambulanten Pauschale – beispielsweise bei einem HNO-Eingriff – zusätzlich ein MRI nötig, ist dieses in der Pauschale inbegriffen. Grund dafür ist, dass eine ambulante Pauschale und ein Tardoc-Tarif (MRI) nicht parallel verrechnet werden dürfen. Dies kann bei Kindern dazu führen, dass sie zweimal eine Vollnarkose benötigen: einmal für das MRI und ein zweites Mal für die Operation. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass unnötigen Mehrfachkonsultationen für Patienten vermieden werden?
25.7710	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. «Pesticide Secrets»: welcher Zeitplan hat die Schweiz?	Der Bundesrat schreibt auf die Frage 24.7536 , dass alle Produkte mit den Wirkstoffen Buprofezin und Fluazinam nach Abschluss des EU-Erneuerungsverfahrens überprüft werden. Dasselbe gelte für Produkte, die Glyphosat enthalten. - Wann endet das Verfahren in der EU? - Was ist der Zeitplan für die Überprüfung von Buprofezin und dem PFAS-haltigen Fluazinam in der Schweiz? - Wann ist die Zulassungsüberprüfung glyphosathaltiger Produkte in der EU abgeschlossen? - Was ist hier der Zeitplan für die Schweiz?
25.7711	DE FR IT	Fra. Huber. Aktueller Stand der Blauzungenkrankheit bei Rindern und Schafen	Nach den massiven Fällen der Blauzungenkrankheit im 2024, können Rinder und Schafe seit Februar 2025 geimpft werden. In den letzten Wochen hat sich die Blauzungenkrankheit wieder massiv ausgebreitet. 1. Wie viele Tiere wurden im laufenden Jahr nach Angaben von Agate geimpft, in Zahlen und Prozentsen? 2. Sind geimpfte Tiere von der Ansteckung weniger betroffen? 3. Wurden bei den verschiedenen Impfstoffe Unterschiede festgestellt? 4. Wenn ja, welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat für 2026 festzulegen?
25.7715	DE FR IT	Fra. Schlatter. PFAS-haltige Pflanzenschutzmittel für die private Anwendung	Der Bundesrat antwortet auf meine Frage 25.7097 , dass aktuell in der Schweiz 108 Pestizide bewilligt und 121 weitere Parallelimportprodukte zugelassen sind, die PFAS enthalten. - Wie viele PSM, die PFAS oder andere mobile und persistente Stoffe enthalten, sind für die Privatanwendung zugelassen? - Falls es solche gibt: Ist geplant, diese Produkte für die Anwendung durch Private rasch zu verbieten? - Falls nein, warum nicht?
25.7716	DE FR IT	Fra. Knutti. Welche Massnahmen gegen Schweizer Bürgerinnen und Bürger sind vorgesehen?	Sowohl im Entwurf zum revidierten Epidemiengesetz als auch an der Medienkonferenz Ende August 2025 wird/wurde erwähnt, dass die Impfpflicht ausgeschlossen sei, jedoch unter Umständen ein Impfpflicht ergriffen werden kann. - Welche Massnahmen sind vorgesehen gegen Menschen, die dieses Impfpflicht ablehnen? - Würden Sie bei einer neuen Pandemie wieder 3G- und 2G-Zertifikate einführen?

25.7719	DE FR IT	Fra. Mahaim. Finanzierung der israelischen Siedlungspolitik durch eine Schweizer Stiftung	Eine Zürcher Stiftung, die Rosengarten-Stiftung, hat den israelischen Verein Elad, auch bekannt als «Ir David Foundation», mit mehreren hunderttausend Franken unterstützt. Es ist bekannt, dass Elad mit völkerrechtswidrigen Handlungen, insbesondere Siedlungsaktivitäten in den palästinensischen Gebieten von Jerusalem, im Zusammenhang steht. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass solche Zahlungen durch eine Schweizer Stiftung mit dem Schweizer Recht und dem Völkerrecht vereinbar sind?
25.7720	DE FR IT	Fra. Mahaim. Schweizer Stiftung, die israelische Siedlungen finanziert: Die Stiftungsaufsicht verweigert ein Eingreifen	Eine Zürcher Stiftung, die Rosengarten-Stiftung, finanzierte die israelische Organisation Elad mit mehreren hunderttausend Franken. Es ist bekannt, dass Elad mit völkerrechtswidrigen Siedlungsaktivitäten in den palästinensischen Gebieten im Zusammenhang steht. Bei der Stiftungsaufsicht wurde eine Anzeige eingereicht, doch sie weigerte sich, einzugreifen. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass die Stiftungsaufsicht ihre Aufgaben ordnungsgemäss wahrgenommen hat?
25.7721	DE FR IT	Fra. Zybach. Kaufkraftverlust durch erneute Prämienerrhöhungen – was tut die Politik im Bereich der Angehörigenpflege dagegen?	Ende September werden die neuen Prämienerrhöhungen bekannt gegeben. Erwartet wird ein Anstieg, der das Lohnwachstum übertrifft – und damit direkt zu einem Kaufkraftverlust führt. In der Angehörigenpflege ist mit einem massiven Kostenwachstum zu rechnen - nicht zuletzt, weil hier Anbieter mit einem spezialisierten Geschäftsmodell das System ausreizen. - Wie soll dies künftig verhindert werden? - Was ist der aktuelle Stand der Regulierung?
25.7728	DE FR IT	Fra. Riem. Wie werden die immensen Privilegienregister für EU-Beamte gerechtfertigt?	Im Anhang 2 des ausgehandelten Lebensmittelsicherheitsabkommen mit der EU (S. 39-46) findet sich unter dem Titel "Vorrechte und Befreiungen der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit" ein Privilegien-Register für EU-Beamte inkl. MWST-Befreiung, Befreiung der Gerichtsbarkeit u.v.m. Auch in anderen Vertrags-Teilen finden sich solche Register. - Wie rechtfertigen sich diese Vorzugsbehandlungen & wie viele EU-Beamten werden davon profitieren? - Gibt es ähnliche Privilegien für CH-Kontrolleure?
25.7739	DE FR IT	Fra. Glur. Lumpy - Skyn Kostenübernahme für Entsorgung	Die Rinderkrankheit Lumpy - Skyn- Disease breitet sich zurzeit rasant aus. In der Westschweiz wurden darum Überwachungs- und Schutzzonen seitens des BLV verordnet. Bei Tieren welche aus dieser Schutzzone geschlachtet werden, kann offenbar nicht mehr das ganze Tier (Fell) verwertet werden, was selbstverständlich kosten generiert. Da das BLV diese Schutzzonen verordnet hat erwarte ich, dass der Bund die anfallenden Kosten für die Entsorgung übernimmt.

25.7748	DE FR IT	Fra. Roduit. Reichen die Ressourcen für die Bekämpfung von Tierseuchen aus?	In den Nachbarländern ist die Lage in Bezug auf Tierseuchen problematisch: die Maul- und Klauen-seuche in Deutschland, die Schweinepest in Deutschland und Italien, die Blauzungenkrankheit und zurzeit auch die Lumpy-Skin-Krankheit in Hochsavoyen. Die Prävention, Überwachung und Bekämpfung von Tierseuchen ist zentral für den Erhalt der Herden und das Verhindern von Zoonosen. Im Entlastungspaket 2027 sind jedoch Kürzungen vorgesehen (Massnahme 2.14). Verfügt der Bund über die finanziellen und personellen Mittel, um dem Problem beizukommen?
25.7750	DE FR IT	Fra. Zybach. Mit PFAS kontaminierte Lebensmittel beimischen	Im Rahmen der Sondersession "PFAS" hat BR Röstli erwähnt, dass der BR bereit sei, mit PFAS kontaminierte Lebensmittel nicht kontaminierten Lebensmittel beizumischen und das EDI sei daran eine entsprechende, zeitlich befristete Lösung auszuarbeiten. Dies entspricht nicht der "Good Manufacturing Practice" der Lebensmittelindustrie. Ist sich der Bundesrat bewusst, dass er damit mit der Gesundheit der Bevölkerung spielt?
25.7751	DE FR IT	Fra. Piller Carrard. Handelt der Bundesrat verantwortungsvoll, wenn er alle chemischen Stoffe zulässt, während er die Forschung zur Unfruchtbarkeit anderen überlässt?	In seiner Antwort auf meine Interpellation 24.4689 anerkennt der Bundesrat das Problem der sinkenden Fruchtbarkeit, verweist aber darauf, dass die Forschung den Universitäten und Fachgesellschaften obliegt. – Welche Verantwortung trägt die Industrie, die diese Stoffe herstellt, und welche der Bund, der sie zulässt? – Wird der Bund angesichts der zunehmenden Konzentration der Stoffe und der Aufgabe des Human-Biomonitoring-Projekts seiner Verantwortung gegenüber der Gesellschaft in vollem Umfang gerecht?
25.7752	DE FR IT	Fra. Steinemann. Verurteilungen im Rahmen Häuslicher Gewalt und Härtefall-Klausel	Für schwere Gewalt- und Sexualstraftaten im häuslichen Bereich ist die obligatorische Landesverweisung nach Artikel 66a des Strafgesetzbuchs vorgesehen. Wie viele Male kam seit Oktober 2016 in diesen Fällen die Härtefall-Klausel zur Anwendung und wie oft nicht?
25.7756	DE FR IT	Fra. Hübscher. Sachharose aus Zuckerrüben oder aus Rohrzucker	Saccharose kann aus Zuckerrüben oder aus Rohrzucker gewonnen werden. Sieht der Bundesrat einen Unterschied in der Zusammensetzung des Endproduktes aus den unterschiedlichen Herstellungsprozessen oder nicht?
25.7763	DE FR IT	Fra. Roduit. Verhindern, dass unsere AHV-Fonds in den USA blockiert werden	Die für die Verwaltung der Ausgleichsfonds AHV/IV/EO zuständige Behörde Compenswiss hat entschieden, die US-amerikanische Bank State Street mit der Verwahrung dieser Vermögenswerte zu beauftragen. Der Bundesrat hat diesen Entscheid bis jetzt verteidigt. Der Nationalrat hat in der Frühjahrssession eine Motion der WAK-N abgelehnt. Das war in einem anderen Zeitalter, noch vor den Handels- und Zollstreitigkeiten mit der Regierung Trump und den mit dem Entscheid der Compenswiss verbundenen Risiken. Gedenkt der Bundesrat, etwas zu unternehmen, damit der Vertrag aufgelöst wird?

25.7765	DE FR IT	Fra. Rosenwasser. FASD-Prävention: 1700 Kinder sind 1700 zu viel!	Gemäss «Sucht Schweiz» werden hierzulande jährlich 1700 Kinder mit einer Fetalen Alkoholspektrumstörungen geboren. Eine neue Studie, dass im Internet teils problematische Inhalte verbreitet werden. Sucht Schweiz schreibt dazu, dass die Massnahmen zur Prävention von FASD unzulänglich sind. - Welche konkreten Massnahmen unternimmt der Bundesrat, um die Zahl der FASD Neugeborenen zu senken? - Plant er, das Angebot zur Prävention von FASD wie z.B. Angebote für schwangere Suchtbetroffene auszubauen?
---------	--	--	---

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

25.7582	DE FR IT	Fra. Feller. Bundesbeiträge für den Weinbau gemäss Artikel 78 des Landwirtschaftsgesetzes	Gemäss Artikel 78 des Landwirtschaftsgesetzes können die Kantone bäuerlichen Betrieben Betriebshilfe gewähren, um unverschuldete oder durch veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen verursachte finanzielle Bedrängnis zu beheben. Der Bund kann finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, wenn die Beteiligung des Kantons angemessen ist. Ist der Bundesrat bereit, finanzielle Mittel zur Unterstützung der Akteurinnen und Akteure im Weinbau bereitzustellen, die sich in einer sehr schwierigen Lage befinden?
25.7586	DE FR IT	Fra. Feller. Gewährung von Einfuhrrechten für Wein nach Massgabe der Inlandleistung gemäss Artikel 22 des Landwirtschaftsgesetzes	Zollkontingente werden gemäss Artikel 22 des Landwirtschaftsgesetzes insbesondere nach Massgabe der Inlandleistung verteilt. Ist der Bundesrat angesichts der anspruchsvolleren Rahmenbedingungen für die Weinproduktion in der Schweiz (zum Beispiel Lohnbedingungen, ökologische Gegebenheiten) bereit, Einfuhrrechte ausschliesslich Weinhändlerinnen und -händlern zu vergeben, die Schweizer Weine vertreiben, und diese Vergabe nach Massgabe der Inlandleistung vorzunehmen?
25.7587	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Blinder Fleck bei der Erfassung der Gründe beim Übertritt vom Militär- in den Zivildienst – Die Motive junger Menschen bleiben im Dunkeln	Seit der Abschaffung der Gewissensprüfung im Jahr 2009 werden die individuellen Gründe für den Übertritt vom Militär- in den Zivildienst nicht mehr systematisch erhoben. Damit fehlt heute eine wichtige Grundlage, um die Motive der Gesuchsteller zu verstehen und Entwicklungen im Bereich der Dienstpflicht besser einordnen zu können. Ist der Bundesrat bereit, die Beweggründe der Gesuchsteller künftig wieder systematisch zu erfassen und statistisch auszuwerten? Wenn nicht, warum?
25.7602	DE FR IT	Fra. Arslan. Fokus auf Feminizide in Abkommen mit Indien und anderen internationalen Verträgen	Feminizide sind wie überall auf der Welt leider auch in Indien eine grausame Realität. Jährlich werden dort über 7000 Frauen durch sogenannte Mitgift-Morde getötet. - Hat der Bundesrat im Rahmen des Freihandelsabkommen mit Indien das Thema Feminizide eingebracht? - Was unternimmt der Bundesrat, um die Bekämpfung von Feminiziden in den Abkommen mit Indien in den Fokus zu rücken? - Gibt es eine Strategie, wie die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt in internationalen Abkommen thematisiert wird?

25.7607	DE FR IT	Fra. Paganini. Schliessung des Swiss Business Hub Austria: Wird die strategische Partnerschaft mit Österreich torpediert?	Am 21. Juni 2021 unterzeichneten die Aussenminister von Österreich und der Schweiz eine Absichtserklärung zur strategischen Partnerschaft zwischen den beiden Ländern. In Kapitel 4 wird ausdrücklich die Erleichterung von Handels- und Investitionsbeziehungen festgeschrieben. Wie rechtfertigt der Bundesrat vor diesem Hintergrund und angesichts des Umstandes, dass Österreich sein entsprechendes Büro in Zürich weiter betreiben will, die Schliessung des Swiss Business Hubs in Wien per Ende 2025?
25.7608	DE FR IT	Fra. Paganini. Schliessung Swiss Business Hub (SBH) Austria in Wien: Werden die Prioritäten richtig gesetzt?	Die internationalen Märkte sind für Schweizer Unternehmen komplexer geworden. Sie US-Zölle sind nur ein Ausdruck dieser Entwicklungen. Gemäss aussenpolitischer Strategie sind für den Bundesrat "Nachbarstaaten die wichtigsten Partner der Schweiz". - Erachtet es der Bundesrat vor diesem Hintergrund als richtig, dass ausgerechnet der SBH im stabilen Markt und Nachbarland Österreich per Ende 2025 geschlossen wird? - Müssten nicht gerade umgekehrt Ressourcen in diese stabilen Märkte umgeleitet werden?
25.7609	DE FR IT	Fra. Paganini. Ressourcen der Schweizer Botschaft in Wien: Werden Schweizer Unternehmen im Stich gelassen?	Switzerland Global Enterprise hat mit Zustimmung von EDA und seco entschieden, den Swiss Business Hub in Wien per Ende 2025 zu schliessen. - Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass ein Teil der abgebauten Dienste zu Gunsten von Schweizer Unternehmen in Österreich künftig durch die Botschaft in Wien erbracht werden müssen? - Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass die Schweizer Botschaft in Wien dafür mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden muss?
25.7616	DE FR IT	Fra. Töngi. Ist die Kenntnisnahme von Berichten eine Antwort auf dringende Probleme?	Gemäss Ausführungen der Bundespräsidentin zu den Jahreszielen will der Bundesrat 2026 im Bereich Wohnen einen Bericht mit Grundlagenarbeiten zu einem neuen Mietzinsmodell sowie den Bericht zur Situation des altersgerechten Wohnens in der Schweiz zur Kenntnis nehmen. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass die Kenntnisnahme von Berichten geeignet ist, um die schwerwiegenden Probleme der überhöhten Mieten im Lande anzugehen?
25.7623	DE FR IT	Fra. Guggisberg. Flexibilisierung Rückzahlungsmodalitäten COVID-Kredite	Viele KMU stehen seit Jahren unter hohem Druck. Dumpingpreise, ausbleibende Aufträge, steigende Sozialkosten & geopolitische Unsicherheiten belasten die Betriebe. Zusätzlich müssen COVID-Kredite zurückbezahlt werden. Eine Flexibilisierung der Rückzahlungsmodalitäten & die Verlängerung der Rückzahlungsfrist z.B. bis 31.12.2030 würde vielen KMU Luft verschaffen & eine pragmatische Entlastung in einer ohnehin herausfordernden Zeit darstellen. Was sieht der Bundesrat diesbezüglich für Möglichkeiten?

25.7629	DE FR IT	Fra. Glättli. Warum wird nicht erfasst, für welche PSM-Wirkstoffe und -Mengen kantonale Sonderbewilligungen erteilt werden?	Auf meine Ip. 25.3878 schreibt der Bundesrat zu den Sonderbewilligungen für PSM, dass die kantonalen Fachstellen Informationen zu den Betrieben, Kulturen usw. sammeln, nicht aber über die eingesetzten Pestizide. Er antwortet nicht auf meine Frage nach dem «warum»: 1. Warum werden sämtliche Informationen zu den Sonderbewilligungen gesammelt, ausser zu den eingesetzten Mitteln und Mengen? 2. Gedenkt der Bundesrat, diese Lücke zu schliessen? 3. Wenn ja, bis wann? Wenn nein, warum nicht?
25.7647	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. Haben wir bald keine Schafalpen mehr in der Schweiz?	Am 21. August wurden auf einer Schafalp im Val Fex elf Tiere vom Wolf gerissen, weitere 26 mussten aufgrund ihrer Verletzungen getötet werden. Daraufhin erfolgte eine vorzeitige Abalpung. Immer mehr Bauern verzichten auf die Alpung von Schafen und Ziegen, was fatale Folgen für die Kulturlandschaft und die Tiergesundheit hat. - Wie hat sich die Zahl der gealpten Schafe und Ziegen in den letzten Jahren entwickelt (mit Zahlenangaben)? - Was tut der Bund, damit die Alpwirtschaft nicht verschwindet?
25.7678	DE FR IT	Fra. de Quattro. Wann kann mit einem Fahrplan für den Weinbau gerechnet werden?	Angesichts der schwierigen Situation, in der sich die Winzerinnen und Winzer und die Einkellerinnen und Einkellerer insbesondere wegen des Rückgangs des Weinkonsums befinden, lud Bundesrat Guy Parmelin die Akteure des Weinbaus im August zu einem Runden Tisch ein. Es sei zwar möglich, zinslose Darlehen zu gewähren, doch man war sich einig, dass die weiteren Massnahmen Teil einer längerfristigen Strategie sein müssen, die von der Branche ausgearbeitet wird. Sind für die Gesamtheit der Massnahmen ein Fahrplan und eine regelmässige Information vorgesehen?
25.7683	DE FR IT	Fra. Rüegegger. Absenzen in der beruflichen Grundausbildung - ist der Bundesrat bereit zu Anpassungen?	Das Phänomen der zunehmenden Absenzen in der beruflichen Grundausbildungen (bspw. Koch/Köchin, Fachfrau/mann Hotellerie Hauswirtschaft, Fachmann/frau Betriebsunterhalt, Fachmann/frau Gesundheit, Gärtler/in) ist leider auch in zahlreichen anderen Berufsgruppen festzustellen. Es besteht ein Handlungsbedarf, damit die Ausbildungsbetriebe besser unterstützt werden. Wenn keine Konsequenzen aus Fehlzeiten resultieren, macht das keinen Sinn. Als Vorbild dienen Regelungen in der höheren Berufsbildung.
25.7714	DE FR IT	Fra. Tschopp. «Quick-Check» Konsumentinnen und Konsumenten Welche konkreten Verbesserungen gab es seit der Einführung im Jahr 2020?	In seiner Antwort auf die Interpellation 25.3890 begründet der Bundesrat seine Absicht, die im Jahr 1966 gegründete Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen aufzuheben. Ein zentrales Argument ist, dass im Leitfaden für Botschaften des Bundesrates seit Mitte 2020 ein neuer Punkt aufgenommen wurde: Er verlangt, die Auswirkungen einer Entscheidung auf die Konsumentinnen und Konsumenten zu berücksichtigen. Was hat sich laut Bundesrat durch diesen «Quick-Check» konkret für die Konsumentinnen und Konsumenten verbessert?

25.7722	DE FR IT	Fra. Walder. Team Switzerland: Wer steuert die Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz – das Volk durch seine gewählten Vertreterinnen und Vertreter oder Milliardärinnen und Milliardäre?	Der Bundesrat hat das <i>Team Switzerland</i> für die Zollverhandlungen mit Donald Trump beigezogen. Mitglieder sind unter anderem der Milliardär Alfred Gantner, der sich aktiv bemüht, die schweizerische Europapolitik zu torpedieren, sowie der Direktor einer Rohstoffhandelsfirma. - Was ist der genaue Status und das Mandat von Team Switzerland? - Was war für die Auswahl der Mitglieder ausschlaggebend? - Warum wurden die Aussenpolitischen Kommissionen (APK) zu dieser wichtigen Entscheidung nicht konsultiert?
25.7755	DE FR IT	Fra. Glur. Frage – Stellenverlust durch fehlendes 3G/2G-Zertifikat	- Wie viele Menschen in der Schweiz haben während der Covid-19 Pandemie aufgrund fehlender 3G/2G-Zertifikate, oder sonstigem diskriminierendem Verhalten seitens der Arbeitgeber ihre Anstellung verloren? - Wurden dazu Analysen durchgeführt und gibt es Statistiken dazu? - Wo kann man diese einsehen?

Finanzdepartement

25.7612	DE FR IT	Fra. Calame. Eigenkapital der UBS	– Warum wird von der UBS verlangt, dass ihre Tochtergesellschaften vollständig mit Eigenkapital ausgestattet sind, obwohl man weiss, dass ein Asset-Management-Unternehmen bei Weitem nicht das gleiche Risiko trägt wie beispielsweise eine Tochtergesellschaft im Bereich Investmentbanking in den USA? – Sollte man die Anforderungen nicht differenzierter an das jeweilige Profil der operativen und finanziellen Risiken der Gesellschaften ausrichten?
25.7613	DE FR IT	Fra. Calame. UBS: Methodik und Berechnung von Risiken	Wäre es nicht sinnvoller, wenn der Bundesrat und die FINMA von der UBS zunächst die Anwendung – oder sogar Institutionalisierung – der CVaR-Methodik (Conditional Value at Risk) verlangten, die auch Extremrisiken (Tail Risks) berücksichtigt, bevor ein fixer Betrag zur Eigenkapitalstärkung festgelegt wird? So liesse sich eine angemessene und risikoadäquate Eigenkapitaldeckung sicherstellen, ohne die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sehr zu schwächen.
25.7632	DE FR IT	Fra. Pamini. Kriterien und Anzahl von Grenzübergängen mit Kennzeichenerfassungskameras	An wie vielen Grenzübergängen gibt es Kameras mit automatischer Fahrzeugkennzeichenerkennung, und nach welchen Kriterien entscheidet die zuständige Behörde über deren Installation?
25.7634	DE FR IT	Fra. Pamini. Sicherheits- und Verkehrsflussgewährleistung an Grenzübergängen ohne Kameras	Wie wird an Grenzübergängen ohne Kameras mit automatischer Fahrzeugkennzeichen- oder Gesichtserkennung die Sicherheit für die Bevölkerung und der reibungslose Verkehrsfluss gewährleistet, insbesondere im Hinblick auf die Erkennung gestohlener Fahrzeuge sowie von Personen mit internationalem Haftbefehl?
25.7643	DE FR IT	Fra. Michaud Gigon. Jährliche digitale Beschaffungen des Bundes	Wie viel investiert der Bund jährlich in die Beschaffung von digitalen Produkten und Dienstleistungen?

25.7660	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Beteiligungen der SNB und bundesnahen Pensionskassen an Rüstungsfirmen offenlegen	- Ist der Bundesrat bereit, dafür zu sorgen, dass die SNB und die bundesnahen Pensionskassen ihre Geldanlagen nach einheitlichen Regeln offenlegen – insbesondere auch heikle Beteiligungen wie an Rüstungsfirmen? - Würde der Bundesrat dafür einen Standard einführen, der regelmässig eine transparente Übersicht über alle direkten und indirekten Beteiligungen (inklusive der in Fonds und ETFs versteckten Anlagen) veröffentlicht?
25.7662	DE FR IT	Fra. Molina. Investitionen von PUBLICA in israelische Rüstungsfirmen?	Bestehen bei PUBLICA über Fonds oder Mandate direkte oder indirekte Investitionen in Elbit Systems oder andere israelische Rüstungsfirmen? Wie wird dies überprüft?
25.7669	DE FR IT	Fra. Funicello. Investitionen der SNB - ethisch vertretbar?	Die SNB investiert in neun Firmen, die international wegen ihrer militärischen Zusammenarbeit mit Israel kritisiert werden. Gleichzeitig betont sie ethische Prinzipien. - Wie passt dies zusammen? - Und wie vereinbart sich diese Investitionspraxis mit der Anlagestrategie der SNB?
25.7675	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Unterstützung Israels durch Pensionskassen?	- Halten Pensionskassen, die dem Bund nahestehen, wie beispielsweise die der SBB, der Post oder der Swisscom, direkt oder indirekt Aktien oder Anleihen von Elbit Systems oder anderen israelischen Rüstungsunternehmen? - Wenn ja, in welchem Umfang? - Wie haben sich diese Anlagen seit 2020 entwickelt und welche Kriterien gelten für deren Verwaltung?
25.7677	DE FR IT	Fra. Romy. Investitionen der SNB	- Hält die SNB direkt oder indirekt, etwa über Fonds oder ETFs, Aktien oder Anleihen von Elbit Systems oder anderen israelischen Rüstungsunternehmen? - Falls ja: in welchem Umfang, wie haben sich diese Positionen seit 2020 entwickelt, nach welchen Kriterien erfolgt der Umgang damit, und wie wird die Vereinbarkeit mit den von der SNB betonten ethischen Grundprinzipien sichergestellt, auch im Lichte internationaler Kritik im Gazakonflikt?
25.7671	DE FR IT	Fra. Zybach. Ethische Grundsätze der Schweizerischen Nationalbank	Die Richtlinien der Schweizerischen Nationalbank (SNB) für die Anlagenpolitik geben vor, dass die SNB bei der Bewirtschaftung auch auf nicht-finanzielle Aspekte achtet. Das heisst, dass nicht in Aktien und Anleihen von Unternehmen investiert wird, die grundlegende Menschenrechte massiv verletzen oder systematisch gravierende Umweltschäden verursachen. Diese Formulierung bietet offenbar grossen Spielraum. Wie, durch wen und wie oft wird die Einhaltung der Richtlinien überprüft?

25.7684	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. Sind Grenzsicherheit und Zollabfertigung in Graubünden noch garantiert?	Der Kanton Graubünden ist der Kanton mit der längsten Landesgrenze in der Schweiz und zugleich der einzige, der an drei verschiedene Staaten grenzt. 80 % dieser Grenzen sind Landesgrenzen. Der Personalbestand des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit wurde in unserem Kanton in den letzten Jahren massiv reduziert. - Ist die Grenzsicherheit in Graubünden noch gewährleistet? - Ist die Zollabfertigung in gleichwertiger Qualität und Zuverlässigkeit wie an anderen Grenzübergängen weiterhin garantiert?
25.7697	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Vermögenswert von Privatautos in der Steuererklärung nach dem Verkehrswert	Zu meiner Ip. 25.3340 über die einheitliche Besteuerung des Vermögenswerts von Privatautos durch die Kantone nach dem Verkehrswert, antwortete der Bundesrat auf die Frage 7 wie folgt: "Die Eidgenössische Steuerverwaltung wird – als Mitglied der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) – dieses Thema in geeigneter Form in die SSK einbringen." - Hat die ESTV das Thema in der Zwischenzeit in die SSK eingebracht? - Was sind die Ergebnisse? - Falls nicht, wann geschieht dies?
25.7718	DE FR IT	Fra. Hurter Thomas. Beratungsmandate in den Departementen	Wie viele externe Beratungsmandate und Gutachteraufträge haben die Departemente aktuell vergeben. Aufgelistet nach Departement und Anzahl der letzten 5 Jahre.
25.7723	DE FR IT	Fra. Dettling. Weniger Bauern mehr Bundespersonal	In den letzten Jahren hat die Anzahl der Bauernbetriebe in der Schweiz massiv abgenommen. 2024 waren es noch 47'075. Ein Minus von knapp 700 Betrieben innerhalb eines Jahres. Die Bekämpfung der Bürokratie soll angepackt werden. Bürokratie hat viel mit der Anzahl Stellen beim Staat zu tun. - Wie hat sich die Anzahl der Beschäftigten beim BLW seit 2005 entwickelt? - Wie hat sich die Anzahl der Beschäftigten beim BAFU seit 2005 entwickelt? - Wie hat sich die Anzahl der Bauernbetriebe seit 2005 entwickelt?
25.7758	DE FR IT	Fra. Rutz Gregor. Fehler in den Abstimmungserläuterungen (Tabelle, S. 11)	Gemäss Abstimmungsläuterungen können die Kosten für den Liegenschaftsunterhalt künftig generell nicht mehr abgezogen werden. Das ist falsch: Bei vermieteten und verpachteten Liegenschaften bleibt der Abzug unverändert zulässig. Weiter sei der Schuldzinsabzug "nur bei vermieteten und verpachteten Liegenschaften" möglich. Private Schuldzinsen jedoch sind im Verhältnis der vermieteten und verpachteten Liegenschaften zu den gesamten Vermögenswerten abzugsfähig. Kann der Bundesrat dies bestätigen?
25.7769	DE FR IT	Fra. Aeschi. Vom Bundesrat geplante signifikante Erhöhung der Kapitalanforderungen: Faktische Benachteiligung von Schweizer Global Player gegenüber internationalen Wettbewerbern	Wie lässt sich sicherstellen, dass die geplante signifikante Erhöhung der Kapitalanforderungen nicht zu einer faktischen Benachteiligung gegenüber internationalen Wettbewerbern in den USA, dem Vereinigten Königreich (UK) und der EU führt?

25.7770	DE FR IT	Fra. Aeschi. Vom Bundesrat geplante signifi- kante Erhöhung der Kapitalan- forderungen: Hohe Risiken für die Schweizer Wirtschaft	Das vom Bundesrat in Auftrag gegebene Gutachten Alvarez & Marsal weist auf signifikante langfristige Risiken für die gesamte Schweizer Wirtschaft hin, sollten die Vorschläge zu den Kapitalanforderungen umgesetzt werden. Das Gutachten nennt negative Effekte auf die Beschäftigten, Anleger, Kreditnehmer, andere Finanzinstitute und die Schweizer Wirtschaft. Inwiefern wurden diese Risiken analysiert und wie beurteilt der Bundesrat diese?
25.7771	DE FR IT	Fra. Aeschi. Bankenregulierung: Stärkung statt Schwächung des Wirt- schaftsstandorts Schweiz!	Bereits am 20. August 2025 hat der Bundesrat be- schlossen, die Anstrengungen zur Stärkung des Wirt- schaftsstandorts Schweiz zu intensivieren. Er hat dazu verschiedene Prüfaufträge zur regulatorischen Entlastung der Unternehmen erteilt. Bei der Banken- regulierung gehen die vorgeschlagenen Kapitalanfor- derungen diametral in die andere Richtung und wür- den die Wirtschaft massgeblich belasten. Inwiefern erwägt der Bundesrat, auch die Vorschläge zur Bankenregulierung vertieft zu prüfen?
25.7772	DE FR IT	Fra. Aeschi. Kennt der Bundesrat die Kosten und den Nutzen der geplanten Bankenregulierung sowie der ge- prüften Varianten?	Kosten und Nutzen des geplanten Massnahmenpa- kets zur Bankenregulierung müssen ausbalanciert sein. Weshalb hat der Bundesrat bisher keine Kosten-Nut- zen-Analyse der geprüften Varianten vorgestellt?